



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

05. Stadtratsprotokoll / 05^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 17. März 2021, 18.00 Uhr

Séance du mercredi 17 mars 2021 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès, salle de concert

Anwesend / Présents:

Augsburger-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechele Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Halter Marisa, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Iseli Isabelle, Kilezi Ruth, Kohler Silja, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Gianna, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, van der Meer Marion, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Akamba Frédérica

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderat Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

67.	Überparteiliche Fraktionserklärung Einfach libres!, Grüne, SP/JUSO und PSR.....	171
68.	Genehmigung der Traktandenliste.....	172
	• Ordnungsantrag.....	172
69.	Mitteilungen Stadtratsbüro	173
	• Abrechnung in der Kompetenz der GPK:	173
70.	20210030 Klassenorganisation für das Schuljahr 2021/2022	174
71.	20180297 Bericht über die Tätigkeit der Mietfachstelle	179
72.	Dringliches Postulat 20200403, Heiniger Peter, PdA, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Augsburg-Brom Dana, Passerelle, «Bessere Anbindung des X-Projects an den öffentlichen Verkehr, nach dem Fahrplanwechsel»	182
73.	Dringliches Postulat 20200404, Zumstein Joël, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Unterstützung Mieten»	186
74.	Dringliche Interpellation 20200405, Claus Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Mehr Unfälle mit Neuregelung von fahrradfahrenden Kindern auf dem Trottoir?!».....	187
75.	Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210092, Tennenbaum Ruth, PAS, «Prävention gegen Rassismus und gewalttätigen Extremismus»	189
76.	Begründung der Dringlichkeit des überparteiliches Postulat 20210091, Tanner Anna, SP, Moeschler Marie, PSR, Tennenbaum Ruth, PAS, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Roth Myriam, Grüne, «Kindergerechteres Asylzentrum in Bözingen»	189
77.	20200097 Projekt AGGLOlac / Vertragswerke / Landübertragung / Gründung Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» / Botschaft.....	189
	• Allgemeine Beratung	190

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Stadtratssitzung und heisse auch die Gäste auf der Tribüne und über das Live-Streaming willkommen. Der Stadtrat beginnt heute mit der Debatte zum Geschäft 20200097 «Projekt Angola / Vertragswerke / Landübertragung / Gründung Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» / Botschaft». Darüber abgestimmt wird morgen, gleichzeitig mit der Abstimmung im Stadtrat von Nidau.

Auf Ihrem Tisch liegen folgende Unterlagen auf:

- Änderungsantrag der Fraktion SP/JUSO zum Geschäft 20150318 «Ausgestaltung der Sozialbehörde / Tätigkeitsbericht und Reglementsentwurf»
- Änderungsantrag der Fraktionen SVP und PRR zum Geschäft 20150318 «Ausgestaltung der Sozialbehörde / Tätigkeitsbericht und Reglementsentwurf»
- Interkommunale Kommission AGGLOlac: Empfehlungen für die Stadträte Biel und Nidau
- Rückweisungsantrag der Fraktion GLP+ zum Geschäft 20200097 «Projekt AGGLOLAC / Vertragswerke / Landübertragung / Gründung Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» / Botschaft»

Ich übergebe das Wort an Frau Tennenbaum für eine überparteiliche Fraktionserklärung.

67. Überparteiliche Fraktionserklärung Einfach libres!, Grüne, SP/JUSO und PSR

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Vor einem Monat schändeten Unbekannte die Bieler Synagoge. Dieser primitive und feige Akt ist ein weiteres Zeichen des zunehmenden und leider unterschwellig nach wie vor bestehenden Antisemitismus – auch in der Schweiz. Dass dies hier passierte, ist umso schockierender, da die Stadt Biel doch als offen und liberal gilt. Die Diversität in der Bevölkerung wird in der Stadt Biel als Gewinn betrachtet und macht sie lebenswert. Biel tickt anders, dachten viele. Wie die Realität zeigt, ist dies leider nicht mehr so. Die Covid-19-Pandemie gibt antisemitischem Gedankengut und Verschwörungstheorien zusätzlichen Aufwind. Es ist einfach, einen Sündenbock zu finden und ihm alles die Schuld zuzuschieben. Juden, Muslime, Menschen mit anderer Hautfarbe – und im Moment sogar Bundesratsmitglieder – sind gute Projektionsflächen. Die diese Erklärung mittragenden Fraktionen verurteilen die begangene Schandtät und das damit zusammenhängende Gedankengut auf das Schärfste! Es ist zu wünschen, dass die Verantwortlichen für diese feige Tat zur Rechenschaft gezogen werden. Für die betroffene jüdische Gemeinde Biels ist es nicht einfach nur eine Sachbeschädigung. Es ist ein Angriff auf ihr Sicherheitsgefühl, das Erinnerungen an Schändungen von Synagogen durch die Nationalsozialisten weckt. Die an die Tür der Synagoge angebrachten antisemitischen Symbole und Parolen wurden in der Vergangenheit verwendet, um Jüdinnen und Juden systematisch herabzusetzen, zu verleumden, sie als minderwertige Menschen zu bezeichnen und sie, in der grässlichen Konsequenz, zu ermorden. Wehret den Anfängen, liebe Stadtratsmitglieder! Setzen wir ein Zeichen, dass solche Gewaltakte in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Viele Organisationen wie auch der Gemeinderat und Einzelpersonen haben sich bei der jüdischen Gemeinde gemeldet, ihre Solidarität bekundet und die Tat verurteilt. Das muss weiterhin so bleiben. Doch reicht dies aus? Wir wissen, welche Folgen das

Nichthinschauen und die stillschweigende Akzeptanz solcher Taten schon einmal hatte. Die Geschichte darf sich nicht wiederholen. Gerade in Krisenzeiten wie heute sind Menschen dafür empfänglich, Sündenböcke zu suchen. Gewiefte PolitikerInnen versuchen daraus Kapital zu schlagen, indem sie Menschen aufhetzen mit der Absicht, die Demokratie zu unterwandern. Ici, c'est Bienne. Wir dürfen als Gemeinschaft solchen Auswüchsen keinen Raum lassen. Wir sind alle in der Verantwortung, den zunehmenden Antisemitismus im Keim zu ersticken. Es ist jetzt notwendig, die Prävention zu verstärken und Vorurteilen mit Aufklärung und Fakten zu begegnen. Es bedarf einer Politik des Zusammenhalts für ein friedliches Zusammenleben auch in der Krise. Nur so können wir solchen Tendenzen Einhalt gebieten. Tous ensemble, nous y parviendrons.

68. Genehmigung der Traktandenliste

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Zur Traktandenliste liegt ein Ordnungsantrag von Herrn Cadetg vor.

Ordnungsantrag

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Ich beantrage, das Geschäft 20150318 «Ausgestaltung der Sozialbehörde / Tätigkeitsbericht und Reglementsentwurf» von der heutigen Traktandenliste zu streichen und auf die Stadtratssitzung vom 28./29. April 2021 zu verschieben. Trotz Aufforderung hat die Kommissionsminderheit der KSB keinen Minderheitsantrag eingereicht und diesen vorgängig von den externen Experten prüfen lassen.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés aimerait pouvoir traiter l'affaire 20150318 «Organisation de l'autorité sociale / Rapport d'activités et projet de règlement» dans la suite de l'ordre du jour. Ce point sera vraisemblablement repoussé à demain, étant donné que l'on ne sait pas combien de temps le débat sur l'affaire 20200097 «Projet AGGLOlac» va durer. Le Groupe UDC/Les Confédérés vous prie de rejeter la proposition du Groupe FDP.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Es tut mir leid, dass ich intervenieren muss. Die Kommissionsminderheit der KSB wurde aufgefordert, einen Minderheitsantrag zu stellen. Kleine Änderungen haben grosse Auswirkungen auf Abläufe und Organisation der Sozialbehörde. Ein Minderheitsantrag liegt jedoch heute Abend nicht vor. Dass die Kommissionsminderheit keinen qualifizierten Antrag vorlegt und ihn nicht durch die Kommission und die beigezogenen Spezialisten kontrollieren lässt, finde ich unanständig. Ich bitte Sie, dem Antrag auf Streichung des Geschäfts von der Traktandenliste zuzustimmen.

Suter Daniel, PRR: Cette affaire n'est pas si compliquée. La Commission spéciale relative à la future organisation de l'autorité sociale (CAS) a toujours contesté trois points du projet de règlement. Il s'agit du nombre de membres qui siègent dans cette commission, de leur qualité (expert ou politique) et finalement de la présidence de la CAS. Le Directeur de l'action sociale et de la sécurité pourrait être élu à la présidence, comme le demande la proposition d'amendement du Groupe SP, ou alors il serait élu d'office, selon la proposition d'amendement des groupes UDC et PRR. Comme par

coïncidence, ces trois points sont parfaitement résumés dans l'ancienne version du rapport que le Conseil municipal avait présenté au Conseil de ville en 2018. Si l'ancien président de la CAS souhaite renvoyer cette affaire, cela est tout à fait possible. Il n'y aucune urgence d'instaurer cette autorité sociale comme elle est envisagée. Je suis donc ouvert au renvoi de cette affaire à demain ou à une autre date.

Bohnenblust Peter, FDP: So wie ich Herrn Suter verstanden habe, ist er mit der Verschiebung des Geschäfts auf die Stadtratssitzung im April 2021 einverstanden. Nachdem das Geschäft bereits so lange hängig ist, können die jetzt eingereichten Anträge auch noch gründlich abgeklärt werden. Ich bitte Sie, der Verschiebung zuzustimmen.

Steinmann Alfred, SP: Änderungsanträge können jederzeit, auch kurzfristig eingereicht werden. Die eingereichten Anträge sind klar formuliert und können an der Stadtratssitzung morgen behandelt werden.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Cadetg, die Behandlung des Geschäfts 20150318 «Ausgestaltung der Sozialbehörde / Tätigkeitsbericht und Reglementsentwurf» auf die Stadtratssitzung vom 28./29. April 2021 zu verschieben.

Der Antrag wird angenommen; das Geschäft 20150318 wird auf die Stadtratssitzung vom 28./29. April 2021 verschoben.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung genehmigt.

69. Mitteilungen Stadtratsbüro

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich weise darauf hin, dass die Sitzung mittels Live-Streaming übertragen wird. Dies bleibt klar eine Ausnahme, um trotz der Pandemieschutzbestimmungen dem hohen Publikumsinteresse an den Stadtratssitzungen von heute und morgen Rechnung zu tragen. Nebst den Mikrofonen für die Audioübertragung ist deshalb auch eine Kamera auf die Rednerpulte gerichtet.

Ich übergebe das Wort der Ratssekretärin zur Genehmigung der Abrechnung eines Verpflichtungskredits durch die GPK.

Abrechnung in der Kompetenz der GPK:

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 11. März 2021 die Abrechnung des Verpflichtungskredites 20130251 «Sanierung der Kremationsanlage Madretsch» der Direktion Bau, Energie und Umwelt in eigener Kompetenz, einstimmig und mit folgender Bemerkung genehmigt: Es fehlen die Unterlagen zu den freihändigen Vergaben der Architekturleistungen, Fachplanung Haustechnik und Rauchgasreinigungsanlage sowie Bauleitung. Auf Nachfrage hat die zuständige Direktion die Gründe für die Direktvergaben bis auf die Tatsache, dass die

Bauleitung versehentlich ohne Ausschreibungsverfahren vergeben wurde, nachvollziehbar darlegen können. Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat erneut dringend, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen.

70. 20210030 Klassenorganisation für das Schuljahr 2021/2022

Torriani Isabelle, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion (CDG) remercie le Conseil municipal du rapport dont nous relevons quelques points importants. Le nombre total de classes pour l'année scolaire 2021/2022 ne devrait pas être modifié par rapport à celle de l'année scolaire 2020/2021. Elles seront donc au nombre de 314. Les effectifs de classes seront également proches des chiffres actuels. Ils sont plutôt bas en comparaison de ceux fixés par le Canton, à cause d'une proportion élevée d'élèves allophones et d'enfants issus de familles provenant de milieu peu instruit. L'augmentation du nombre d'enfants prévue ces dernières années ne s'est pas produite en réalité. Cette situation est probablement liée à la pandémie et à l'incertitude qui en découle. Les locaux scolaires existants sont suffisants puisque le nombre de classes reste inchangé. L'organisation des classes proposée se base sur les données disponibles à l'automne 2020 et pourrait subir des modifications. Il est important de souligner que l'idéal visé est que les élèves puissent rester dans une même classe jusqu'au passage au niveau suivant, et qu'ils puissent fréquenter une école proche de leur domicile. Cet objectif déterminera dans quels établissements des classes vont ouvrir ou fermer. Sur le plan financier, dix nouvelles classes avaient été prévues au budget 2021. L'organisation des classes présentée dans ce rapport pourra donc être couverte. Enfin, compte tenu de l'incertitude des chiffres à disposition au moment de la planification, il est normal d'envisager que le Conseil municipal puisse encore apporter des modifications. La CDG recommande au Conseil de ville d'accepter la proposition du Conseil municipal.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! ist grundsätzlich mit der vorliegenden Klassenorganisation einverstanden. Deren einziger Makel ist die Schliessung der Klasse zur besonderen Förderung (KBF) im Mühlefeld. Die besondere Förderung ist in dieser momentan schwierigen Zeit noch viel wichtiger als sonst. Die Aussage, dass es zunehmend schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Offenbar sind die offenen Stellen zu wenig attraktiv. Um geeignete Personen zu finden, müssen schnellstmöglich Nachbesserungen vorgenommen werden. Die Stadtverwaltung muss alles unternehmen, um solche Klassen weiterführen zu können. Wir dürfen die Personen nicht fallen lassen, die durch diese spezielle Situation bereits abgehängt sind. Die anspruchsvollen Stellen müssen mit sachverständigem Personal besetzt werden. Mit etwas Unterstützung und den notwendigen Ressourcen kann diese Arbeit attraktiv gemacht werden. Die Fraktion Einfach libres! wird dem Beschlussesentwurf zustimmen, auch und gerade wegen der Planungssicherheit. Bitte nehmen Sie jedoch den Einwand bezüglich der besonderen Förderung ernst.

van der Meer Marion, au nom du Groupe Les Verts: Ce projet peut être soutenu sans conditions par notre Groupe. Le travail effectué est important et de qualité, surtout si l'on tient compte de la complexité des paramètres. Nous trouvons bien que ce projet soit élaboré en étroite et bonne collaboration avec les directions des écoles. Il nous

semble raisonnable de ne pas se baser sur des scénarios relatifs à la pandémie, tant ils sont encore incertains et contradictoires. Par contre, nous pensons qu'il est important d'éviter autant que possible d'augmenter le nombre d'élèves par classe. Il y a une tendance vers une légère augmentation avec la nouvelle organisation des classes pour la prochaine année scolaire. Cette évolution doit être surveillée à moyen terme. Toutefois, ceci ne dépend pas seulement de la décision du Conseil de ville, mais aussi des exigences cantonales. La marge de manœuvre est donc réduite et le budget de la Ville est évidemment le levier principal. Une dernière remarque concerne la filière bilingue qui n'est pas encore incluse dans l'organisation scolaire de base. Ce projet est dynamique et la demande est forte. Pour cela, il y a un besoin de définir les valeurs et les objectifs de son futur développement. Il ne faut pas oublier que si nos enfants ont la possibilité de suivre une bonne scolarité bilingue, cela renforce le bilinguisme à Bienne. Le Groupe Les Verts confirme donc cette organisation des classes et propose de charger le Conseil municipal de sa mise en œuvre.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés a relevé certains points concernant les classes spéciales. Ces dernières demandent un personnel très qualifié et sont extrêmement exigeantes. Elles sont toutefois importantes car elles permettent d'isoler les éléments potentiellement perturbateurs des classes normales, dans le but de limiter le nivellement par le bas de nos écoles, un phénomène en augmentation croissante comme le démontrent les enquêtes PISA. On note que le nombre de classes est relativement stable, malgré le fait qu'il laisse paraître une diminution des classes d'écoles enfantines romandes et une augmentation des classes enfantines alémaniques. Finalement, on peut compter 37 enfants francophones de moins et 34 enfants germanophones en plus, toutes classes confondues. La prise en considération de la proportion élevée d'enfants allophones et la présence proportionnellement forte de familles provenant de milieu peu voire pas instruit nous a toutefois interpellé. Cette situation rend le travail du personnel enseignant et des directions d'école particulièrement exigeant, comme cela est dit dans le rapport. Tout le monde a le droit à l'éducation et nous ne remettons pas en cause ce principe. Par contre, ce type de situation est clairement à imputer à une politique de gauche, trop permissive durant de nombreuses années. Du point de vue des finances, des classes ont été prévues au budget 2021 en termes de charge salariale, matériel d'enseignement et activités scolaires. Le Conseil municipal nous indique que le budget 2021 couvre entièrement ces coûts. C'est une très bonne chose et un exercice pas facile à réaliser. Il convient de suivre l'avis présenté dans le rapport du Conseil municipal tout en appuyant sur le fait que la politique de gauche de la Ville apporte, chaque année, des problèmes et des coûts supplémentaires.

Vlaiculescu Christiane, au nom du Groupe PSR: Je ne vais pas reprendre les chiffres que chacune et chacun est à même de lire. Le rapport détaillé et fourni du Conseil municipal montre que la situation est évaluée, que des scénarios différents sont envisagés et que tout est entrepris pour que les rentrées scolaires se passent le mieux possible. La scolarité est un élément très important de la socialisation et de la préparation à la vie. Il est donc important que cela se passe au mieux. Il faut prendre en compte plusieurs paramètres: le nombre d'élèves maximum par classe, la volonté de ne pas obliger, dans la mesure du possible, un enfant à quitter son établissement durant sa scolarité et la mixité. La Ville de Bienne doit respecter la langue, bilinguisme oblige, et prendre en compte la filière bilingue et l'École à journée continue. Certes, pour 2021, les chiffres se basent sur des informations datant de l'automne 2020. Les changements d'ici la rentrée scolaire d'août 2021 ne peuvent pas être pris en compte dans les évaluations. Il faut savoir que l'engagement d'une personne chargée de la

planification des locaux scolaires n'a pas été possible à cause des mesures d'économie décidées lors de l'examen du budget, en novembre 2020. Ce travail doit toutefois être fait, et il est à la charge des collaboratrices et collaborateurs du Département Écoles & Sport qui sont déjà bien occupées.

L'évaluation 2021/2022 tient compte des éléments connus lors de l'établissement de ce rapport. Tous les changements survenus après l'écriture de ce rapport ont obligé le Département Écoles & Sport à chercher les meilleures solutions, ceci sans compter sur le virus qui ne facilite certainement pas la tâche. Le Département Écoles & Sport espère bien évidemment que la réalité ne l'obligera pas à prendre d'autres décisions qui auraient une incidence sur les finances. En effet, les compensations financières ont déjà été transmises au Canton. À la lecture du rapport, on se demande pourquoi il y a une telle baisse ou une telle augmentation. Il ne faut pas oublier que derrière ces chiffres, on parle de personnes, et que des solutions doivent être trouvées. Le Groupe PSR remercie encore une fois la Direction de la formation, de la culture et du sport pour le travail effectué et nous ne peut que recommander l'acceptation de ce rapport.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Klassenorganisation ist bereits in normalen Zeiten nicht einfach zu bewerkstelligen. In der momentanen besonderen Lage ist sie jedoch eine grosse Herausforderung. Trotz steigenden SchülerInnenzahlen wird eine Klasse mehr geschlossen als eröffnet und zwar eine Klasse für besondere Förderung (KBF). Solche Klassen sind jedoch sinnvoll. Ein Schulkind, welches in einer Regelklasse nicht mehr tragbar ist oder grosse Defizite hat, kann sich in einer KBF neu orientieren. Die Lehrkräfte können den Schulstoff dem Wissensstand der SchülerInnen anpassen. Manchmal kann dies ein Weg aus einer Sackgasse bieten. Die Integration einer KBF in eine normale Klasse kann jedoch durchaus auch sinnvoll sein. Alle KBF aufzulösen, wäre aber meines Erachtens ein Fehler. Bereits im Schuljahr 2020/2021 wurden vier der sechs vom Stadtrat bewilligten Kindergartenklassen nicht eröffnet. Zahlreiche Eltern haben aufgrund der Pandemiesituation die Einschulung ihrer Kinder in den Kindergarten verschoben. Auch für das Schuljahr 2021/2022 können kurzfristige Änderungen eintreten. Der Gemeinderat hat jedoch im Falle von erheblichen kurzfristigen Veränderungen die Kompetenz, weitere Klassen zu bewilligen oder bewilligte Klassen doch nicht zu eröffnen. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den vorliegenden Beschlussesentwurf.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le fait que le Conseil municipal doit faire un rapport pour le Conseil de ville à ce sujet et le soumettre en même temps au Canton démontre une fois de plus la nécessité de modifier cette manière de faire dans le nouveau Règlement de la Ville (RDCo 1.0-1). Si le Conseil municipal n'avait pas besoin de faire ce rapport à l'attention du Conseil de ville, qui doit passer par toute la procédure habituelle, il pourrait gagner quelques semaines et avoir des chiffres un peu plus actuels. Son travail n'en serait qu'amélioré et cette question serait aussi abordée uniquement entre professionnels. Cela ne veut pas dire que le Parlement perdrait des prérogatives étant donné qu'il se prononce sur le budget, en automne. Je souhaiterais que l'on garde cela en tête lorsqu'on reviendra sur le Règlement de la Ville après l'été. Le Groupe PRR soutient bien évidemment ce rapport.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP nimmt zur Kenntnis, dass die schon üblicherweise schwierige Arbeit der Klassenorganisation für das Schuljahr 2021/2022 durch die Covid-19-Pandemie zusätzlich erschwert wurde. Es wurde bestmöglich versucht, den Veränderungen gerecht zu werden. Die grossen Unsicherheiten sind nachvollziehbar und unvermeidlich. Diese Entwicklung hat einen guten Effekt: Das

Problem der Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum für die deutschsprachige Sekundarstufe wird kurzfristig entschärft, sich aber in einem Jahr wieder stellen. Die Fraktion FDP wird dem Beschlussesentwurf zustimmen. Wie bereits Frau Pittet weise ich ebenfalls darauf hin, dass im Entwurf zur neuen Stadtordnung (SO; SGR 1.0-1) das vorliegende operative Geschäft nicht mehr in der Zuständigkeit des Stadtrats, sondern richtigerweise in derjenigen des Gemeinderates liegen sollte.

Schaffter Gaël, au nom du Groupe PVL+: Le Groupe PVL+ soutient la proposition du Conseil municipal quant à l'organisation des classes pour l'année scolaire 2021/2022. Globalement, le nombre de classes ne change pas et celui des élèves reste stable. Toutefois, comme cela a déjà été mentionné par mes collègues, le nombre d'élèves a plutôt une tendance à la hausse et il faudra continuer de surveiller ce phénomène afin d'assurer une qualité de l'enseignement. On peut aussi s'étonner que la filière bilingue ne figure pas dans les chiffres, puisqu'elle fait partie de l'effectif. Le Groupe PVL+ recommande d'accepter la proposition du Conseil municipal.

Stolz Joselyne, au nom du Groupe PSR: Il me semble très important de préciser que le Département Écoles & Sport fait extrêmement bien ces répartitions au niveau des élèves, des classes et des recherches de locaux. J'aimerais aussi souligner le soin qu'il prend pour le personnel enseignant. Il faut savoir que pour avoir des classes qui fonctionnent bien, il faut avoir des enseignant-e-s qui s'y sentent bien. Pour cela, je tenais à remercier ce département et toute l'équipe qui s'occupe du personnel enseignant et des écoles biennoises.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour la très bonne acceptation de ce rapport. Un grand merci aussi pour avoir reconnu la qualité et aussi l'énormité du travail effectué pour assurer la présentation de ce rapport. Je tiens à relever quelques points qui ont été mentionnés, notamment concernant la question des classes spéciales. Il est vrai que c'est une question cruciale car le soutien aux enfants en difficultés est toujours d'actualité. Je vous assure que le Département Écoles & Sport est fortement mobilisé afin de trouver les enseignant-e-s qui peuvent accompagner ces enfants, mais aussi des solutions pouvant permettre que ces enfants soient intégrés, dans la mesure du possible, ou alors puissent bénéficier d'un accompagnement spécifique. Malgré le fait d'avoir dû fermer une classe spéciale, ces enfants seront accompagnés et suivis, dans la mesure du possible et avec les moyens que nous avons à disposition. Actuellement, un projet est envisagé afin de créer des îlots d'enseignement pour permettre un accompagnement ponctuel dans des petits groupes.

La question du bilinguisme est clairement une préoccupation évidente au sein du Département Écoles & Sport. L'accompagnement de projets bilingues au sein de classes monolingues et de la filière bilingue est une priorité. Nous avons la chance d'avoir une ville dans laquelle les alémaniques et les francophones se côtoient et vivent ensemble. C'est aussi une opportunité pour les enfants dans le cadre scolaire. Le Département Écoles & Sport envisage, en collaboration avec le corps enseignant, de mettre sur pied des projets de bilinguisme en immersion.

Je souhaitais encore vous faire part du fait que cette grande insécurité à laquelle notre département doit faire face quand il s'agit de l'organisation des classes était probablement encore plus marquée cette année de par la situation sanitaire actuelle. Je dois vous dire que l'organisation des classes et exercice de funambule, on marche sur une corde. Vous savez que les mouvements de population ont été freinés durant

la pandémie, mais le fait que nous ayons eu moins d'arrivées à Bienne, cette dernière année, est-il uniquement lié au Covid? Cela reste une hypothèse, d'autant plus que nous avons enregistré autant de départs que les années précédentes. Cela a eu des répercussions dans différents domaines comme dans celui de la filière Sport & Études. De plus, certains parents ont décidé de repousser l'entrée à l'école de leur enfant. Vous voyez donc que les paramètres sont multiples. Si on pense en plus à la coordination et la relation nécessaire avec les multiples partenaires (enfants, parents, directions, corps enseignant, population), vous pouvez constater la complexité pour gérer l'organisation des classes. Si un paramètre est modifié, toutes les données changent et il faut tout recommencer.

Je remercie Mesdames Pittet et Wendling d'avoir suscité l'idée d'introduire un changement dans le Règlement de la Ville permettant de ne pas avoir à présenter un rapport au Conseil de ville à ce moment de l'année avec la contrainte supplémentaire que cela représente pour de notre département. Tous les chiffres présentés, ce soir, étaient réels au moment où le rapport a été rédigé mais, aujourd'hui, ils ont déjà changé et demain ils seront encore différents. Le Canton donne son accord pour l'organisation des classes présentée ce soir. Nous avons également le soutien des commissions scolaires. Comme les années scolaires sont à cheval sur deux années, nous intégrons la partie 2021 dans le budget 2021, et nous négocierons pour la partie 2022. Je tiens à remercier encore une fois le grand travail fourni par le Département Écoles & Sport pour la présentation de ce rapport. Je vous assure de leur vigilance constante par rapport aux besoins des élèves et aux situations particulières. L'autre aspect est de considérer cette chance que nous avons de vivre entre francophones et germanophones, mais c'est également un défi constant dans l'organisation des classes. Lorsqu'il y a une diminution dans une communauté linguistique, celle-ci n'est pas forcément compensée par l'autre communauté. C'est un hasard que cela se passe de cette manière, cette année.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 27. Januar 2021 gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Anzahl Klassen wird im Schuljahr 2021/2022 wie folgt geändert:
 - 1.1. Auf der deutschsprachigen Kindergartenstufe werden zwei Kindergartenklassen eröffnet.
 - 1.2. Auf der französischsprachigen Kindergartenstufe werden zwei Kindergartenklassen geschlossen.
 - 1.3. Auf der deutschsprachigen Primarstufe wird eine Klasse geschlossen.
 - 1.4. Auf der französischsprachigen Primarstufe gibt es keine Veränderungen zum Vorjahr.
 - 1.5. Auf der deutschsprachigen Sekundarstufe wird eine Klasse geschlossen.
 - 1.6. Auf der französischsprachigen Sekundarstufe werden zwei Klassen eröffnet.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, im Falle von erheblichen Veränderungen die entsprechenden Beschlüsse betreffend Anzahl Klassen zu fassen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Bevor wir das nächste Geschäft behandeln, möchte ich präzisieren, dass die Debatte bereits jetzt über den Streamingdienst verfolgt werden kann.

71. 20180297 Bericht über die Tätigkeit der Mietfachstelle

Sprenger Titus, GPK: Vorab eine formelle Bemerkung: Das abzuschreibende Postulat (überparteiliches Postulat 20180297 «Auflösung Mietfachstelle») hätte eigentlich bereits auf der Traktandenliste der letzten Stadtratssitzung im Februar 2022 bei den Fristverlängerungen/Abschreibungen der Motionen und Postulate aufgelistet werden sollen. Das Postulat verlangt einen Bericht, welcher einerseits über die Tätigkeit der Mietfachstelle und andererseits über die Pläne des Gemeinderats für deren Zukunft informiert. Der gewünschte Bericht liegt nun vor und dokumentiert die Tätigkeiten der Mietfachstelle sehr gut. Er zeigt unter anderem auf, dass die gesteckten Ziele erreicht und ein Organ geschaffen wurde, das innerhalb der Abteilung Soziales wertvolle Dienste leistet. Die Arbeit der Mietfachstelle weckt Interesse über die Stadtgrenzen hinaus und dient anderen Kantonen als Vorbild. Der Bericht illustriert auch, dass sich die Aufgaben der Mietfachstelle seit deren Schaffung 2015 verschoben haben, von der ausschliesslichen Überprüfung der Mietzinse hin zu einer Fachstelle mit weitaus mehr Aufgaben im Bereich des Mietrechts. Insbesondere die Bearbeitung der zunehmenden Fälle in Zusammenhang mit der Beseitigung von Mängeln an der Mietsache führte zu einer Verbesserung der Lebensumstände der Betroffenen. Die Veränderung des Aufgabenkatalogs hat in der GPK einige Fragen aufgeworfen, die vom Gemeinderat beantwortet wurden. So haben sich seit 2015 viele für die Mietfachstelle massgebliche Rahmenbedingungen verändert. Die Abteilung Soziales beispielsweise erhält vom Kanton nicht mehr sogenannte Personalpauschalen, sondern Fallpauschalen. Diese Beiträge müssen zweckgebunden für die Schaffung von Stellen in der Sozialhilfe verwendet werden. Die Mietfachstelle wurde und wird denn auch ausschliesslich aus Mitteln des kantonalen Lastenausgleichs finanziert. Zudem ist mit der Änderung des städtischen Personalreglements (SGR 1.5.3-1) der Gemeinderat und nicht mehr der Stadtrat für die Schaffung von fremdfinanzierten Stellen zuständig. Der Gemeinderat ist also auch für die Festlegung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten dieser Stellen zuständig. Wenn er in eigener Kompetenz die Aufgaben der Mietfachstelle dem aktuellen Bedarf anpasst, hat dies also seine Richtigkeit. Im vorliegenden Bericht sucht man vergeblich nach den Plänen des Gemeinderats für die Zukunft der Mietfachstelle; auf diese zweite Frage des erwähnten Postulats gibt er keine Antwort. Die Weiterführung der Mietfachstelle ergibt sich aus dem Bericht des Gemeinderats. So deutet der letzte Satz im Fazit des Berichts auf eine Weiterführung der Mietfachstelle hin. Ausserdem ist die Rede davon, dass jährlich 900 bis 1'000 neue Dossiers sowie Wohnungswechsel von Sozialhilfebeziehenden anfallen, wodurch sich laufend ein Bedarf für die Überprüfung der Mietzinse und Mietbedingungen ergibt. Allgemein bekannt ist, dass der im Bericht des Gemeinderats genannte Referenzzinssatz keine fixe Grösse ist. Bei jeder Änderung müssen die Mietzinse neu überprüft werden. Schliesslich hat die Nachfrage der GPK ergeben, dass beim Gemeinderat aus den genannten Gründen keine Absicht besteht, die Mietfachstelle aufzulösen. Sie soll stattdessen weitergeführt werden. Die Entscheidung darüber liegt heute, wie bereits erwähnt, ausschliesslich in der Kompetenz des Gemeinderates. Die GPK erachtet das erwähnte Postulat als erfüllt und empfiehlt es zur Abschreibung.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Die Mietfachstelle scheint ein erfolgreiches Instrument zu sein, um Sozialhilfebeziehende bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber VermieterInnen zu unterstützen, insbesondere auch bei Wohnungen, die in einem erbärmlichen baulichen Zustand sind. Zudem ist die Mietfachstelle eine Entlastung für die zumeist am Limit tätigen SozialarbeiterInnen. Sie ist aber auch ein Kontrollinstrument, um die neuen Mietzinsrichtlinien – ich nenne sie Mietzinsreduktion – durchzusetzen, wonach Sozialhilfebeziehende weniger finanzielle Unterstützung für ihre Wohnungsmieten erhalten. Die KlientInnen werden aber ihrerseits dabei unterstützt, eine Mietzinsreduktion zu erreichen, was wiederum den Druck auf sie entschärft. Die Fragen der Fraktion Grüne wurden von Herrn Gemeinderat Feurer zur vollen Zufriedenheit innert kürzester Zeit beantwortet, und ich bedanke mich dafür. Seine Antworten gebe ich an dieser Stelle abgekürzt wieder: Die Abteilung Soziales erhält vom Kanton sogenannte Fallpauschalen, welche für die Schaffung von Stellen in der Sozialhilfe verwendet werden müssen. Der Gemeinderat verfolgt die Politik, dass diese kantonalen Mittel für die Finanzierung der Sozialhilfestellen ausreichen müssen. Die Mietfachstelle war von Beginn an bis heute vollständig von Geldern des kantonalen Lastenausgleichs über die Fallpauschalen finanziert. Die Stadt Biel wird finanziell nicht in die Pflicht genommen. Die Arbeit der Mietfachstelle entspricht weiterhin einem Bedürfnis und es besteht keine Absicht, sie in nächster Zeit abzuschaffen. Jedes Jahr werden 900 bis 1'000 neue Dossiers eröffnet, welche neu auch auf mietrechtliche Konformität und Optimierungsmöglichkeiten überprüft werden. Konstant werden etwas über 2'000 Dossiers mit Mietverträgen von der Bieler Sozialhilfe betreut. Die durch die Mietfachstelle erzielten, jährlich wiederkehrenden Einsparungen sind im Bericht des Gemeinderats mit CHF 300'000 ausgewiesen. Das eingesparte Geld kommt nicht Biel direkt zugute, sondern fliesst in den Finanzlastenausgleich. Indirekt kommt es den Sozialhilfebeziehenden zugute, die von einer Reduktion ihrer Rückerstattungspflicht im erwähnten Umfang profitieren. Der Gewinn für die KlientInnen ist aber nicht in erster Linie monetär, sondern besteht darin, dass sie ohne Abstriche in ihren Wohnungen verbleiben können und gelernt haben, mit VermieterInnen zu verhandeln. Aus meinem weiteren Umfeld weiss ich, dass die vor einigen Jahren erfolgte Anpassung der Mietzinsrichtlinien und Senkung der finanziellen Unterstützung von Sozialhilfebeziehenden für ihre Wohnungsmieten bei einigen Betroffenen einen grossen Stress erzeugte. Die Mietfachstelle war mit der Anpassung der Mietzinslimiten nicht direkt konfrontiert. Die Sozialhilfebeziehenden werden bei der Überprüfung ihrer bestehenden Mietverträge jedoch kompetent unterstützt.

Aus den Angaben im vorliegenden Bericht lässt sich berechnen, dass die Mietkosten von ungefähr 70% der Sozialhilfebeziehenden nicht mehr vollumfänglich gedeckt werden. Die Frage, ob sie eine günstigere Bleibe suchen mussten, wurde wie folgt beantwortet: Bei vielen Mietverträgen konnte eine Mietzinsreduktion nicht durchgesetzt werden, weil die Höhe der Miete bereits den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Sympathischerweise hat aber die Mietfachstelle auch dann angeboten, die Referenzzinssatzkürzung durchzusetzen zu versuchen, wenn die Mieten innerhalb der Sozialhilferichtlinien lagen. Die dadurch erzielten Mietzinsreduktionen kommen den MieterInnen zugute und wirken auch nach der Ablösung aus der Sozialhilfe weiter. Sie haben natürlich auch einen monetären Einfluss beim Kanton. Die Beanspruchung der Mietfachstelle war jeweils freiwillig. Sozialhilfebeziehende mit Mieten über der Limite werden aufgefordert, sich eine günstigere Wohnung zu suchen und die Bemühungen zu dokumentieren. Oft werden sie dabei von SozialarbeiterInnen unterstützt. Haben sie nichts unternommen, werden die von der Sozialhilfe übernommenen Mieten gemäss Richtlinie gekürzt. Der Sozialdienst fordert niemanden auf, seine Wohnung zu

verlassen. Er verlangt aber, eine günstigere Wohnung zu suchen, wenn die laufende Miete zu hoch ist. Die Fraktion Grüne folgt dem Beschlussesentwurf einstimmig.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Viele wichtige Punkte wurden bereits angesprochen. Die Fraktion SP/JUSO hebt besonders positiv hervor, dass es nicht um das Individuum geht, sondern um das Umfeld der Betroffenen. Die Mietfachstelle bietet Unterstützung bei der Einforderung der Rechte im Bereich Mietrecht und trägt dazu bei, dass Sozialhilfebeziehende nicht in Bruchbuden leben müssen und Sozialarbeitende ihre Ressourcen schonen können. Die finanziellen Aspekte wurden ausführlich und nachvollziehbar dargelegt. Begrüssenswert und sinnvoll ist aus Sicht der Fraktion SP/JUSO das im Bericht des Gemeinderats erwähnte Angebot von Workshops zu Themen wie beispielsweise Wohnungssuche oder Energiesparen. Aus eigener Erfahrung als Sozialarbeiterin kann ich sagen, dass gerade die Wohnungssuche sehr viel Ressourcen braucht. Mittlerweile ist die Stadt Biel regional und überkantonale zu einer anerkannten Anlaufstelle bei Mietfragen geworden, und das ist sicher positiv.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Ich spreche nicht nur für die Fraktion FDP, sondern auch als Vizepräsidentin des Hauseigentümerversands von Biel und Umgebung und nehme wie folgt Stellung zum vorliegenden Bericht: Es ist haarsträubend, dass mit Steuergeldern für 270 bzw. 170 Stellenprozente eine staatliche Mietzinskontrolle in der Stadt Biel erfolgt. Dies insbesondere, weil sich 70% der durchgeführten Überprüfungen im Jahr 2019 nicht auf die Mietzinse bzw. die Referenzzinssätze, sondern auf die Wohnungsmängel bezogen. Das Mietrecht ist nach Ansicht des Hauseigentümerversandes sowie eines grossen Teils des eidgenössischen Parlaments und des Bundesrats ausschliesslich privatrechtlich geregelt. Der Staat darf und soll nicht mit subventionierten Kontrollen und einseitigen Hilfeleistungen zugunsten der MieterInnen in das private Mietrecht und den freien Markt eingreifen. Die Leerwohnungsziffer im Espace Mittelland lag 2019 bei 2.15% und 2020 bei 2.13%. Im Jahr 2020 standen 21'345 Wohnungen leer. Es herrscht also keine Wohnungsknappheit, in welcher der Mietmarkt nicht spielen würde; eine solche wird erst bei einem Wert von unter 1.5% angenommen. Ansonsten regelt sich aber der Mietmarkt grundsätzlich von allein und generiert angemessene Mietzinse. Ältere und günstigere Sozialwohnungen werden damit gegenüber neuen und renovierten Wohnungen unattraktiv. Die kostenlose fachliche und rechtliche Beratung zum Mietrecht ist Aufgabe der Schlichtungsbehörden. Auch die Rechtsberatungsstellen des Anwaltsverbandes und des Mieterverbandes bieten MieterInnen kostenlose Beratung an. Es braucht in der Stadt Biel keine zusätzliche staatliche, mit Steuergeldern finanzierte Behörde. Zudem sind alle AnwältInnen in Biel verpflichtet, an ein bis zwei Abenden pro Jahr eine unentgeltliche Rechtsberatung auch zu mietrechtlichen Fragen anzubieten.

Heiniger Peter, PdA: Frau Wendling, warum müssen staatliche Kontrollen durchgeführt werden? Offenbar, weil der freie Markt nur einseitig funktioniert. Die Mietfachstelle arbeitet sehr gut und muss weitergeführt werden. Ihr Angebot muss aber unbedingt bekannter gemacht und ein niederschwelliger Zugang sichergestellt werden. Noch nicht alle Menschen mit Bedarf haben Kenntnis von der Mietfachstelle beziehungsweise Zugang dazu.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Der GPK-Sprecher hat kompetent und ausführlich dargelegt, was die Mietfachstelle macht. Die lobenden Worte der Stadtratsmitglieder gebe ich gerne an die zuständige Abteilung weiter. Die Abteilung Soziales ist tatsächlich stolz darauf, mit der Organisation ihrer Mietfachstelle eine

Pionierrolle in der Schweiz übernommen zu haben. Gleichzeitig weise ich aber darauf hin, dass die kantonale Aufsichtsstelle die Stadt Biel bzw. alle Sozialdienste dazu verpflichtet, die Mietverträge der Sozialhilfebeziehenden auf Einhaltung des Mietrechts hin zu kontrollieren. Es ist eine Frage der Organisation, ob diese Aufgabe den Sozialarbeitenden oder, wie in Biel, einer Mietfachstelle übertragen wird. Der Gemeinderat hat sich mit Überzeugung für das Modell einer Mietfachstelle entschieden. Das Mietrecht ist zwar nicht sehr umfassend, aber relativ komplex, gerade auch für Menschen, die mit zusätzlichen Schwierigkeiten beispielsweise sprachlicher Natur zu kämpfen haben. Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, die Mietfachstelle weiterführen zu wollen. Wie im Bericht dargelegt, wurden die ursprünglich 270 Stellenprozent auf 170 gesenkt. Eine interne Umfrage ergab, dass über 80% der Sozialarbeitenden die Arbeit der Mietfachstelle als sinnvoll empfinden und sie sich dadurch entlastet fühlen. Die Sozialarbeitenden können die mietrechtlichen den FachspezialistInnen überlassen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren; dies entspricht auch einer zentralen Zielsetzung der Reorganisation der Abteilung Soziales. Die Aufgaben der Mietfachstelle haben sich effektiv verschoben: stand anfänglich die Überprüfung des Referenzzinses im Vordergrund, geht es heute viel häufiger um die Fragen der Mängelbehebung. Aber auch diese ist strukturell wichtig. Denn es geht um Liegenschaften und Wohnungen, welche massive Mängel aufweisen. Für das Image der Stadt Biel ist es aber wichtig, dass Sozialhilfebeziehende angemessen und bezahlbar wohnen können und dass ihre Wohnungen der Norm entsprechen. Die ratsuchenden Sozialhilfebeziehenden sind aber durchaus frei, die von Frau Wendling aufgeführten anderen Beratungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Wenn ich auch die angebrachte Kritik nachvollziehen kann, möchte ich daran erinnern, dass die Mietfachstelle ihre Aufgaben gemäss dem kantonalen Auftrag wahrnimmt.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich kann die Äusserungen von Frau Wendling nicht unbeantwortet lassen. Der Bericht des Gemeinderats weist aus, dass die Mietfachstelle jährlich Einsparungen von CHF 300'000 erzielt. Dazu kommen noch Einsparungen aufgrund der Effizienzsteigerung bei den Leistungen der Sozialarbeitenden. In diesem Sinn werden die Personalkosten der Mietfachstelle bereits abgedeckt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 13.01.2021:

1. Vom Bericht des Gemeinderates wird Kenntnis genommen.
2. Das überparteiliche Postulat 20180297 «Auflösung Mietfachstelle» wird als erfüllt abgeschrieben.

72. Dringliches Postulat 20200403, Heiniger Peter, PdA, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Augsburg-Brom Dana, Passerelle, «Bessere Anbindung des X-Projekts an den öffentlichen Verkehr, nach dem Fahrplanwechsel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Das vorliegende Postulat wurde infolge der Umschichtung und teilweisen Auflösung von Buslinien eingereicht. Die aufgehobene Buslinie 7 beispielsweise hatte für das X-Project eine zentrale Bedeutung. Die Buslinie 72 nach Meisnberg, welche die Haltestellen Forellenweg und Birkenweg anfährt, wurde zwar aufrechterhalten, verkehrt aber nur im Halbstundentakt. In der Beantwortung des Gemeinderats wird erklärt, dass die nachträgliche Umlegung der Buslinien wohl möglich wäre, aber aus Gründen der Batteriekapazität der Fahrzeuge nicht machbar sei. Die von mir konsultierten Spezialisten beschieden mir jedoch, dass in diesem flachen Gelände durchaus ein Umweg gefahren werden könnte. Ausserdem könnte durch die Gottstattstrasse auch eine Fahrleitung für Trolleybusse eingerichtet werden. Dies ist natürlich mit Kosten verbunden. Der Gemeinderat hat aber das fragliche Gebiet am Rennweg und an der Gottstattstrasse zu einem Entwicklungsschwerpunkt erklärt. Warum also nicht in dieses Gebiet investieren statt mit der neuen Linienführung der Busse zu benachteiligen? Eine Aufwertung des Gebiets findet jedenfalls nicht statt, da damit immer auch eine Aufwertung des öffentlichen Verkehrs einhergeht.

Durch die fehlenden Bushaltestellen am Forellenweg und am Birkenweg sehen sich offenbar viele Eltern gezwungen, Eltern-Taxi zu spielen und ihre Kinder mit dem Auto zum X-Project zu fahren. Das ist ein Unsinn, dem Einhalt geboten werden muss! Was zu klären bleibt, ist die im Bericht des Gemeinderats erwähnte Norm der «Gehdistanz». Eine «Gehdistanz» ist je nach Alter und Agilität unterschiedlich. Gerade Kinder, welche das X-Project besuchen, sollten möglichst wenige Strassen überqueren müssen. Übrigens leidet nicht nur das X-Project unter den Umstellungen der Buslinien. Im Geyisried wird meinen Informationen zufolge die Umstellung auch nicht unbedingt begrüsst. **Ich beantrage, das Postulat nicht abzuschreiben.**

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Die Bushaltestelle beim X-Project aufzuheben, mag auf den ersten Blick einleuchten. Wer um die Geschichte des X-Projects weiss, dem kommen aber Zweifel. Auf der Webseite des X-Projects steht, dass dort jungen Erwachsenen ein Ort zum Experimentieren von artistischen, künstlerischen, kulturellen oder sozialen Projekten geboten wird. Aufgrund dieser Kurzbeschreibung kann davon ausgegangen werden, dass die Jugendlichen den etwas längeren aber durchaus in der Norm liegenden Weg unter die Füsse respektive Skateboards nehmen. Erst beim zweiten Blick auf die Webseite wird ersichtlich, dass es nicht so einfach ist. Das Zielpublikum des X-Projects ist zwischen 10 und 25 Jahre alt. Die jüngeren Kinder wurden von ihren Eltern meistens erst mit dem Bus gebracht und abgeholt. Die meisten Kinder haben nach kurzer Zeit den Weg selbständig gefunden, denn die Eltern waren sich sicher, dass der Weg von der Bushaltestelle bis zum X-Project ungefährlich ist. Auffallend ist, dass seit dem Fahrplanwechsel eine Verhaltensänderung stattgefunden hat. Der Verkehr am Rennweg hat markant zugenommen. Wie von meinem Vorredner ausgeführt, fahren die Eltern ihre Kinder vermehrt mit dem Auto bis vor das Gebäude. Obwohl die Eltern mehrmals auf die etwas weiter entfernten Bushaltestellen aufmerksam gemacht wurden, änderte sich am Verhalten nichts. Die Angst ist zu gross. Das Verkehrsaufkommen ist je nach Kurszeiten hoch. Sollte es aber nicht ein Ziel der öffentlichen Verkehrsmittel sein, so viel Privatverkehr wie möglich zu vermeiden? Dies bedingt attraktivere Verbindungen auf dem ganzen Stadtgebiet. Im Sinne der Nachhaltigkeit plädiere ich für mehr Bus und weniger Auto und zwar für alle. Die Fraktion Grüne empfiehlt ebenfalls, das Postulat nicht abzuschreiben.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist der Prüfauftrag des Postulats erfüllt. Die Buslinie 2 würde ein weiteres Fahrzeug benötigen und das wäre ökologisch sicher nicht sinnvoll und auch mit hohen Kosten verbunden. Bei den Linien 3 und 4 ist die Batteriekapazität bei einem Betrieb ohne Fahrleitung nicht ausreichend. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird dem Gemeinderat folgen, das Postulat erheblich erklären und als erfüllt abschreiben.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Wie der Gemeinderat will auch die Fraktion FDP will den vorliegenden Vorstoss erheblich erklären und abschreiben. Das Anliegen wurde geprüft. Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln bleibt mit dem neuen Fahrplan weiterhin attraktiv. Die Gehdistanz von der Haltestelle zum Rennweg ist zumutbar. Die Schaffung von Hauptachsen ist für den öffentlichen Verkehr (ÖV) genauso sinnvoll wie für den motorisierten Individualverkehr (MIV). Dass die Privatautos bis vor das X-Project fahren, könnte wohl eher mit den Personenkreisen zu tun haben, die zeitweise um das X-Project herumlungern und nicht unbedingt als guter Umgang für die Jugendlichen betrachtet werden. Der Prüfauftrag wurde aber erfüllt. Es ergibt keinen Sinn, die städtische Verwaltung mit der Aufrechthaltung dieses Vorstosses weiter zu belasten. Ich bitte Sie, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben.

Heiniger Peter, PdA: Die Haltung des Fraktionssprechers der FDP erstaunt mich. Ich finde seine Äusserung über die Personen, die sich beim X-Project herumtummeln, grenzwertig.

Augsburger-Brom Dana, Passerelle: Der Gemeinderat hat ein in seiner Antwort einige Varianten geprüft. Gerade an seiner letzten Sitzung diskutierte der Stadtrat über den Leistungsvertrag mit dem X-Project und bestätigte, dass mit dem Umzug eine langfristige Perspektive geschaffen werden sollte. Im Übrigen geht es neben dem X-Project auch um andere Angebote wie beispielsweise die Kletterhalle oder das Theater Rennweg 26. Ich finde, der vorliegende Vorstoss sollte nicht abgeschrieben werden, weil die Variante der Wiedereinführung der aufgehobenen Buslinie 7 noch nicht geprüft wurde.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Meine Ausführungen zum vorliegenden Vorstoss werden erst konkreter und danach genereller Art sein. Konkret: Die Buslinie 7 kann nicht wiedereingeführt werden. Die Linie verkehrt weiterhin bis auf das aufgegebenes Teilstück mit anderen Nummern und Verknüpfungen. Aus diesem einzigen Grund den Prüfauftrag stehen zu lassen, ist nicht sinnvoll. Zur Frage der Kundschaft des X-Project werde ich mich nicht äussern, glaube aber kaum, dass diese die Nutzung des öffentlichen Verkehrs beeinflusst. Wichtiger ist vielmehr, dass die Gesamtmobilitätsstrategie des Kantons Bern vorsieht, den Busverkehr auszubauen als Rückgrat einer nachhaltigen Mobilität. Das setzt aber die Stadt Biel nicht einfach alleine um. Die Massnahmen werden von der regionalen Verkehrskonferenz erarbeitet und werden danach dem Kanton unterbreitet, d.h. die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern (BVE) prüft die Vorschläge, bevor sie dem Regierungsrat und danach dem Grossen Rat vorlegt werden. Dabei bestehen sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen, die gesamtkantonal zu berücksichtigen sind. Die Konzeption des ÖV-Angebots ist keine kommunale, sondern eine regionale und kantonale Aufgabe. Wenn die Buslinien innerhalb der Gemeindegrenzen geführt würden, wäre dies weniger attraktiv. Die Erfolgsfaktoren des ÖV sind eine attraktive Fahrplangestaltung, eine einfache Tarifierung und moderne Fahrzeuge. Die Stadt Biel ist eingebunden in das Gebiet Biel-Seeland und Berner Jura. Das gesamte nördliche Kantonsgebiet plant also sein ÖV-Angebot gemeinsam. Das vorliegende Postulat

aufrechtzuhalten, ergibt aus diesem Grund keinen Sinn, denn das Gesamtsystem inklusive den finanziellen Auswirkungen wurde überprüft. Auch betreffend Fahrzeuge können nicht einfach schnell zwei weitere Gelenkbusse gekauft werden. Ein elektronisch angetriebenes Fahrzeug kostet CHF 1 Mio., bei einem Dieselfahrzeug liegt der Stückpreis bei CHF 0.5 Mio. Eine solche Erschliessungslücke kann auch in Anbetracht der Kostenfolgen nicht spontan gefüllt werden. Die Haltestellendichte in der Stadt Biel ist erwiesenermassen sehr hoch, auch wurden bis anhin viele Buslinien parallel geführt. Zahlreiche parallel geführte Linien mit einer tiefen Taktfrequenz machen den ÖV jedoch nicht attraktiver. Ein erstes Umsetzungsziel der Gesamtmobilitätsstrategie ist es, weniger Linien parallel zu führen. Das neue Busangebot entspricht diesem Umsetzungsziel. Die Linien 2, 3 und 4 fahren im 10-Minuten Takt oder weniger, was 14 Bussen pro Stunde und Richtung entspricht. Hinzu kommt der Bus Nr. 72. Tagsüber muss man an der Stämpflistrasse gar nicht mehr den Fahrplan konsultieren, da der Bus jeweils rasch kommt. Gleichzeitig entstanden neue Möglichkeiten, um beispielsweise die Verlängerung der Linie 4 bis Nidau Beunden zu finanzieren. Dadurch wird die direkte ÖV-Verbindung von Nidau Beunden in die Stadt Biel attraktiver. Dies führt schlussendlich zu weniger MIV. Herr Heiniger, Fahrleitungen lassen sich nicht auf die Schnelle installieren. Der Kanton würde zudem die Bewilligung für eine Linie mit einer so tiefen Taktfrequenz nicht erteilen. 100 Meter Fahrleitung kosten CHF 100'000. Die Gottstattstrasse zu erschliessen würde also etwa CHF 1 Mio. kosten. Die Frage stellt sich überhaupt, ob das Fahrleitungsnetz längerfristig ausgebaut werden, damit noch mehr Busse elektrisch fahren können? Die Linie 2 beispielsweise fährt nur stellenweise und zu wenig lang mit Fahrleitung, um den weiten Weg nach Brügg und zurück im Batteriebetrieb zurücklegen zu können. Wenn es künftig nicht gelingen sollte, alle Busbatterien im Depot mittels Schnellladungen über Nacht aufzuladen statt während des Fahrbetriebs, wird sich die Frage stellen, ob die Buslinien nicht noch stärker gebündelt werden sollten, um dort die Fahrleitungen auszubauen. Aber auch in diesem Fall müssten Umleitungen während Braderie und Fasnacht weiterhin funktionieren. Es handelt sich um eine komplexe Konzeption, aber wir arbeiten daran. Um ein attraktives und nachhaltiges Angebot zu schaffen, gilt es, von Dieselfahrzeugen wegzukommen. Dies ist jedoch nicht möglich, wenn die Erwartung besteht, dass alle 200-300 Meter Buslinien geführt werden. Im ÖV braucht jeder Entwicklungsschritt Anpassungszeit. Entwickelt sich die Nachfrage entsprechend, kann dann der nächste Schritt gemacht werden. Der Grosse Rat hat bereits beschlossen, den Takt auf der Linie 72 zu verdichten. Es wird jedoch nie möglich sein und ist auch nicht sinnvoll, den ÖV durch jede Quartierstrasse zu führen. Die Attraktivität des ÖV ergibt sich nicht durch eine Haltestelle vor jeder Haustüre. Attraktiv sind eine hohe Taktfrequenz, Bündelung der Verbindungen sowie möglichst umsteigefreie Anschlüsse. So sieht das Angebot der Zukunft aus. Ich bitte Sie um Verständnis für diese Entwicklung. Lösen Sie sich bitte von Partikularinteressen. Selbstverständlich ist jede aufgehobene Haltestelle anfangs ein Ärgernis. Vergessen Sie jedoch nicht, dass der ÖV ein Gesamtsystem ist. Sie können den vorliegenden Vorstoss guten Gewissens abschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Heiniger, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschlossen.

73. Dringliches Postulat 20200404, Zumstein Joël, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Unterstützung Mieten»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Vorstoss wurde aufgrund der Covid-19-Massnahmen eingereicht, als die MieterInnen keine Einnahmen aus ihren unternehmerischen Tätigkeiten generieren konnten, was im schlimmsten Fall zu Konkursen und zu Mietzinsausfällen für den Vermieter führen kann. Mein Vorstoss hatte zum Ziel, solche worst-case-Szenarien möglichst zu vermeiden. Die Beantwortung des Gemeinderats verweist einerseits auf die psychologische Wirkung, die staatliche Zuschüsse für Geschäftsmieten in anderen Kantonen auszulösen vermochten. So wurde beobachtet, dass einvernehmliche Lösungen zwischen Mietenden und VermieterInnen begünstigt wurden. Dies wäre auch für Biel respektive die Region und den Kanton ein möglicher und wünschenswerter pragmatischer Weg. Insgesamt beinhaltet die Beantwortung des Gemeinderats aus meiner Sicht etwas viel Kritik an Bund und Kanton und etwas wenig Angaben zu meinen eigentlichen Fragen; ich hätte mir eine weniger emotionale und sachlichere Beantwortung gewünscht. Erfreulich und ganz im Sinne der Sache ist hingegen, dass der Gemeinderat am 20. Februar 2022 entschied, Mietenden von gewerblichen Liegenschaften im Eigentum der Stadt Biel für die Zeit des Lockdowns im vergangenen Jahr 50% Mieterlass zu gewähren. Ich hoffe, dass mit dieser Massnahme Unternehmenskonkurse vermieden werden können.

Koller Levin, SP: Ich stimme dem Anliegen grundsätzlich zu, habe aber dennoch zwei Bemerkungen:

1. Erstaunlicherweise ist die im Geldausgeben sonst zurückhaltende Fraktion SVP/Die Eidgenossen bei diesem Thema plötzlich grosszügig. Klar müssen Konkurse vermieden werden, die Haltung der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist etwas widersprüchlich.
2. Reden Sie mit Ihren ParteikollegInnen auf kantonaler und nationaler Ebene bzw. dort, wo die Lockdowns beschlossen wurden. Die Entscheide waren sicherlich sinnvoll, die Probleme müssen jedoch jetzt auch auf dieser nationalen und kantonalen Ebene gelöst werden. Vor allem die PolitikerInnen der SVP wehren sich gegen schweizweite Lösungen, von denen schlussendlich auch die Stadt Biel profitieren würde.

Zumstein Joël, SVP: Die Haltung der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist aus dem folgenden Grund nicht widersprüchlich: Bewusst wurde nach einer Lösung mit einem Teilverzicht gesucht, um Totalausfälle zu vermeiden. Letztendlich soll damit hoffentlich ein positiver Nettoeffekt auf die Finanzen erzielt werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Corona-Pandemie bereitet dem Gemeinderat sehr grosse Sorgen. Zuerst sind die sanitären Fragen zu lösen. Dies ist jedoch bei Weitem nicht alles und wird uns auch nicht am Längsten begleiten oder die grössten Probleme bereiten. Die gesellschaftlichen Folgen sowie die sozialen und psychologischen Auswirkungen dürfen nicht unterschätzt werden. Im Moment ist eine bleierne Last spürbar. Die Covid-19-Massnahmen wollen nicht enden und das Ziel ist nicht erkennbar. Teils verspüren die Menschen reale Existenzängste, teils sind sie aber der Situation einfach leid. Das kann zu Depressionen führen, zu Beziehungsproblemen

oder schlimmstenfalls sogar zu Gewalt. Auch wirtschaftlich sind die Aussichten nicht rosig. Für die Stadt Biel sind die internationalen Firmen als grosse Arbeitgeber und Steuerzahlende sehr wichtig. Für diese erweist sich die momentane Lage als gar nicht so schlecht. Die asiatischen Märkte funktionieren wieder und auch in Europa läuft zumindest der Warenfluss. Für die Gastronomie oder auch die Kulturschaffenden ist die Lage jedoch bitter. Die einzige Lösung zum Erhalt dieser Betriebe und damit der Arbeitsplätze besteht in einer Abfindung. Wenn Bundesrat Ueli Maurer sagt, dass der Bund nicht allen helfen kann, ist das ein Stück weit richtig. Es kann sein, dass einzelne nicht überlebensfähige Firmen, sogenannte «Zombie-Firmen», mit solchen Massnahmen künstlich über Wasser gehalten werden. Es kann auch sein, dass in einzelnen Fällen mit diesen Massnahmen Missbrauch betrieben wird. Aber der Eingriff in das Grundrecht der Wirtschaftsfreiheit durch den Bund ist derart stark, dass solche Verwerfungen in Kauf genommen werden müssen. Es muss grosszügig gehandelt werden. Ich finde es beispielsweise nicht richtig, wie der Kanton Bern sein Unterstützungsprogramm für Härtefälle so stark mit Missbrauchskontrollen verknüpft, dass dadurch die Auszahlungen verzögert werden. In einer solchen Situation muss zuerst geholfen und erst danach kontrolliert werden. In normalen Zeiten müssten Betriebe, die wirtschaftlich nicht lebensfähig sind, ihre Tätigkeit einstellen. Wenn aber der Staat mit massiven Eingriffen den wirtschaftlichen Betrieb verunmöglicht, hat er im Gegenzug die Betriebe grosszügig zu unterstützen. Die Schweiz als reiches Land kann sich das leisten. Herr Zumstein, Ihnen war die Beantwortung des Gemeinderats zu emotional. Sie können feststellen, dass auch ich jetzt wieder emotional bin. Ich finde es aber falsch, dass bei den Abfederungsmassnahmen weniger rasch gehandelt als bei den sanitären Massnahmen. Wenn die Menschen die sanitären Eingriffe mittragen sollen, muss ihnen auch Sicherheit geboten werden. Der Kanton Bern vermittelt den Eindruck, möglichst darauf zu schauen, dass seine Massnahmen wenig kosten. Regierungsvertreter argumentieren damit, dass sanitäre Eingriffe mittels Notrecht angeordnet werden können, für die Entschädigungen hingegen der Grosse Rat einbezogen werden muss und demzufolge deren Auszahlung verzögert erfolgt. Dieses Argument dürfte aber für die Betroffenen nur schwer verständlich sein. Nach Ansicht des Gemeinderats muss ein reiches Land wie die Schweiz in einer solchen Extremsituation zur Strukturhaltung beitragen können. Gemeinden verfügen in Zeiten der besonderen Lage über praktisch keine Entscheidungskompetenz. Der Gemeinderat macht aber, was er kann. Er lancierte Solidaritätsgutscheine für Bieler Geschäfte und Restaurants und erlässt einen Teil der Gewerbemieten für städtische Liegenschaften. Die Pandemie entwickelt sich aber sehr dynamisch und die Folgen sind kaum abschätzbar, sodass ich Ihnen heute nicht sagen kann, welche Massnahmen allenfalls noch zur Debatte stehen werden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

74. Dringliche Interpellation 20200405, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Mehr Unfälle mit Neuregelung von fahrradfahrenden Kindern auf dem Trottoir?!»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Clauss Susanne, SP: Der Bundesrat hat beschlossen, dass Kinder bis 12 Jahren auf Abschnitten ohne Velowege auf dem Trottoir fahren dürfen. Daraufhin haben mich Sehbehinderte angesprochen, weil sie sich mit dieser Regelung zunehmend gefährdet sehen. Weil die Schweiz nicht in der Lage ist, ein flächendeckendes Velonetz zu entwickeln, wird jetzt diese hilflose Neuregelung vorgeschlagen. Ich weiss, dass nicht der Gemeinderat dafür verantwortlich ist. Er steht jedoch sehr wohl für die Umsetzung und das Vorantreiben neuer Velowege in der Verantwortung. Ich bin von seiner Beantwortung enttäuscht. Bereits einleitend stehen Floskeln wie *«Die zuständigen städtischen Stellen werden die dadurch entstehenden neuen Rahmenbedingungen in ihre tägliche Arbeit einfliessen lassen (...)»* Das heisst jedoch gar nichts. Ich erwarte eigentlich konkrete Vorschläge. Die erste Frage wird ausweichend beantwortet. Bei Frage drei wird auf die Schreiben an Eltern und Schulleitungen im Kanton Bern verwiesen. Diese stellen aber nicht sicher, dass die Information wirklich zu den Kindern gelangt. Hinzu kommt, dass die Arbeit wieder einmal an die Schulen delegiert wurde. Zudem stört mich, dass die eigentliche Verantwortung den Eltern oder, noch schlimmer, den Kindern übertragen wird. Kinder sind keineswegs immer in Begleitung von Erwachsenen unterwegs. Stellen Sie sich vor, ein Kind fährt eine sehbehinderte oder betagte Person auf dem Trottoir um. Wie geht es dem Kind nach einem solchen Erlebnis? Kann es die Tragweite seiner Verantwortung wirklich abschätzen? Ich denke, dafür sind Kinder in diesem Alter zu jung. Diese neue Verkehrsregelung ist unsinnig und schadet mehr als dass sie schützt. Ich rate dem Dienst für Sicherheit, Intervention, Prävention (SIP), ein besonderes Augenmerk darauf zu legen und das Thema nicht nur *«in die tägliche Arbeit einfliessen»* zu lassen. Um sehbehinderte Menschen zu warnen, bewähren sich Klingeln, Licht auch bei Tag, Leuchtwesten – oder aber auch einfach vom Velo absteigen, wenn sich viele Menschen auf dem Trottoir befinden. Grösseren Kindern wird empfohlen, bei wenig Verkehr auf der Strasse zu fahren. All diese Massnahmen könnten durch SIP und Schulen vermittelt werden. Sehbehinderte Menschen kämpfen im Alltag bereits mit vielen Hindernissen, jetzt kommt noch ein weiteres hinzu. Ich habe im Stadtrat schon einmal von meinem Erlebnis erzählt, als ich mit einer Vertreterin des Blindenverbandes der Sektion Biel - Berner Jura unterwegs war. Es war sehr prägend und eindrücklich zu erleben, wie schwierig es ist, sich mit einem Blindenstock in der Stadt Biel fortzubewegen. Ich empfehle jedem, der meine Interpellation als unnötig empfindet, es auch einmal zu versuchen. Last but not least: Machen Sie um Himmels willen endlich vorwärts mit dem Ausbau der Velowege! Auch die Verkehrsschulungsanlage ist seit längerer Zeit überfällig. Von der Antwort des Gemeinderats bin ich nicht befriedigt. Ich überlege mir, zu einem späteren Zeitpunkt auf dieses Thema zurückzukommen, denn ein diesbezügliches Monitoring wäre sicher sinnvoll.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Frau Clauss, der Gemeinderat versteht Ihre Sorge und Sie rennen damit offene Türen ein. Wir stehen bei dieser Frage in einem klassischen Interessenkonflikt. Die Fahrerlaubnis auf dem Trottoir für Kinder bis 12 Jahren auf Abschnitten, wo kein Velofahrstreifen oder Veloweg vorhanden ist, soll die Sicherheit der Kinder zu fördern. Dies steht aber im Konflikt zur Sicherheit der sehbehinderten Menschen. Immerhin kann bis heute festgestellt werden, dass Kinder tatsächlich nur sehr selten auf dem Trottoir fahren. Ich selber bin oft mit dem Velo in der Stadt unterwegs und habe noch nie ein Kind mit dem Velo auf dem Trottoir gesehen. Dadurch hat sich auch die Situation bis jetzt nicht massiv verschärft. Der Gemeinderat nimmt jedoch das Anliegen ernst. Sie wissen, dass es den «Sachplan Velo 2035» gibt. Der Gemeinderat ist planerisch in verschiedenen Gebieten tätig, um die Verkehrssituation zu verbessern. Infrastrukturmassnahmen erfordern jedoch eine

gewisse Zeit. Die SIP ist bereits heute unterwegs und führt Kontrollen durch, denn schon vor der Einführung der neuen Regelung gingen Reklamationen von Fussgänger/Innen über unvorsichtige Velofahrende ein.

75. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210092, Tennenbaum Ruth, PAS, «Prävention gegen Rassismus und gewalttätigen Extremismus»

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Dringlichkeit ist durch den Vorfall begründet, der sich an der Bieler Synagoge in Biel zugetragen hat. Es muss geklärt werden, welche Präventionsvorkehrungen die Stadtverwaltung diesbezüglich trifft. Dringlichkeit ist geboten, um allenfalls rasch Massnahmen entwickeln zu können.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

76. Begründung der Dringlichkeit des überparteiliches Postulat 20210091, Tanner Anna, SP, Moeschler Marie, PSR, Tennenbaum Ruth, PAS, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Roth Myriam, Grüne, «Kindergerechteres Asylzentrum in Bözingen»

Tanner Anna, SP: Der Vertrag der Stadt Biel mit dem Kanton Bern bezüglich des Asylzentrums Bözingen läuft in Kürze aus. Damit stellt sich die Frage, ob das Asylzentrum weitergeführt wird. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Stadt Biel mit eigenen Vorschlägen in die Verhandlungen einsteigen sollte. Wichtig ist, dass im Asylzentrum künftig sowohl das Kindeswohl als auch die Menschenrechte gewährleistet werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.20 Uhr - 20.50 Uhr

77. 2020097 Projekt AGGLOlac / Vertragswerke / Landübertragung / Gründung Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» / Botschaft

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Mir ist bewusst, dass das nun zur Debatte stehende Geschäft Emotionen weckt. In der Bevölkerung stösst es auf grosses Interesse. Ich bitte Sie, einen kühlen Kopf zu bewahren und sachlich zu bleiben. Ich bitte Sie ausserdem, auf persönliche Angriffe auf die politische Gegnerschaft zu verzichten. Ich bin überzeugt, dass auf sachpolitischer Ebene bereits genug Potential für Diskussionen besteht. Ich erinnere daran, dass die Redezeit für Einzelsprechende vier Minuten beträgt. Für die Sprechenden der Kommission und Fraktionen gelten 15 Minuten. Bitte halten Sie sich an die Redezeiten. Ich habe keine Kenntnis davon, dass das Eintreten auf die Vorlage bestritten wird und übergebe das Wort zum Auftakt der allgemeinen Beratung an die Sprecherin der GPK.

Allgemeine Beratung

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Contrairement à mon habitude de vouloir plutôt raccourcir les séances, je tiens à résumer le déroulement de ce projet, vu son importance. Le projet AGGLOlac a déjà fait couler beaucoup d'encre. Il a suscité et suscite encore des passions pour et contre, et ce non seulement au sein de notre petit monde politique, mais aussi auprès de la population en général. Tout d'abord, je tiens à indiquer qu'il existe deux sites internet (Ville de Bienne et AGGLOlac) qui contiennent des documents parfois différents concernant le projet. Les parlementaires qui ont reçu les documents sous forme papier n'ont pas reçu tous les documents qui se trouvaient sur ces sites internet. Ceci complique encore plus une affaire, qui l'est déjà suffisamment. La Commission de gestion (CDG) le regrette.

Ce projet concerne l'immense terrain vague derrière la plage de Bienne, mais pas seulement. Si la population de Bienne et de Nidau l'accepte en votation populaire, le changement s'étendra, à des degrés divers, de la Thielle au canal Nidau-Büren. Ce projet, qui se trouve entièrement sur le territoire communal de Nidau, occupe non seulement le Parlement de Nidau ce soir, mais également le Parlement biennois. La raison est la suivante: une bonne partie des terrains inoccupés, aujourd'hui, qui font partie de l'objet du projet AGGLOlac, sont propriétés de la Ville de Bienne. Pour cette raison, le Conseil de ville ne se prononce pas sur le règlement fondamental, les plans de zones, les raccordements des terrains, mais uniquement sur la création du «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne», syndicat de communes destiné à mettre en œuvre le projet AGGLOlac. Cela signifie le transfert du terrain en propriété ou en droit de superficie à Mobimo S.A., société choisie pour réaliser les projets immobiliers et surtout pour créer l'immense espace public s'étendant de la plage de Bienne à celle de Nidau.

J'aimerais aussi vous rappeler que ce projet était accompagné, depuis 2010, par une Commission intercommunale «AGGLOlac». Celle-ci regroupe des parlementaires des deux villes et elle a pu influencer sur le projet tout au long de son existence. Toutefois, c'est la Commission de gestion (CDG) qui joue son rôle habituel de commission préparatoire de l'affaire pour le Conseil de ville, car une commission regroupant des personnes venant de deux parlements différents ne peut pas le faire pour un seul de ces deux parlements. Ce soir, nous ne votons pas pour ou contre l'entreprise Mobimo S.A. La décision d'effectuer le projet avec cet investisseur a été prise au mois de juin 2013 par le Conseil de ville de Bienne et par celui de Nidau. Mais même si nous ne votons pas, ce soir, sur le contrat entre les Villes de Bienne et de Nidau et l'entreprise Mobimo S.A., il faut revenir à ce contrat pour comprendre l'affaire.

Nous revenons donc à la genèse du projet. Après la fin de l'Expo.02, les terrains en friche dans la zone de l'exposition devaient trouver une utilisation permanente. Dès 2010, les Conseils municipaux de Bienne et Nidau ont décidé de faire un projet commun. Je tiens à rappeler que la Ville de Bienne aurait également pu simplement vendre ces terrains à un investisseur, d'autant plus qu'ils ne sont pas sur notre territoire communal. Cela n'a pas été fait à ce moment-là parce que la Ville de Bienne, étant le propriétaire privé de ces terrains, aurait dû payer un impôt très conséquent sur les gains immobiliers qui auraient découlé de la vente. La vente se serait faite à dix fois le prix porté dans nos comptes et l'impôt aurait été énorme. Ensuite, les deux villes de Bienne et de Nidau ont procédé à beaucoup d'études et de concours, dont je vous passe les détails. En juin 2013, les deux parlements ont décidé que la planification se fasse avec

l'investisseur actuel, Mobimo S.A. Par la suite, une motion acceptée par le Conseil de ville biennois a exigé que les terrains appartenant à la Ville de Bienne soient octroyés en droit de superficie et non vendus, comme prévu à l'origine. Cette exigence a également été intégrée au projet. Il s'agit de construire, par ce projet, des logements sur la zone arrière du périmètre, en retrait d'une grande zone publique. 18% de ces logements seraient d'utilité publique, ce qu'on appelle des coopératives. Toute la zone est planifiée, aujourd'hui, comme un quartier écologique avec chauffage à distance utilisant la chaleur de l'eau du lac, avec seulement 0.7 places de parc par logement, avec des toits verts et des zones publiques entre les immeubles. D'autre part, il s'agit d'aménager une très grande zone publique avec différentes sous-zones: des plages, une marina agrandie, de la forêt, une zone de concert, une zone pour les sports nautiques, la renaturation des rives, tout en maintenant les plages de Bienne et de Nidau comme elles le sont aujourd'hui, en propriété de leur commune respective. Les objections soulevées notamment par les riverains, dont le «Lago Lodge», ont été prise en compte dans le projet, et les utilisateurs actuels de la zone en friche se sont déclarés publiquement satisfaits avec les infrastructures qui seront à leur disposition après la réalisation du projet.

Mais, j'insiste que ce soir, nous ne nous prononçons pas pour ou contre ce projet, pour ou contre les immeubles, pour ou contre une marina. Ce soir, nous ne nous prononçons pas non plus sur le choix de l'investisseur. Nous votons pour ou contre la création du «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» et de son règlement, mais aussi pour la remise à ce syndicat des terrains appartenant à la Ville de Bienne pour la réalisation du projet AGGLOlac. La Ville de Nidau vote, en plus de ces points-là, sur le règlement fondamental qui est de sa seule compétence. À quoi sert donc ce syndicat de communes? Il doit d'abord recevoir les terrains de la zone concernée des villes de Nidau et de Bienne, à l'exception des deux plages. Ensuite, le syndicat de communes bénéficiera du produit de la vente ou de la remise en droit de superficie de ces terrains. Le revenu de cette vente, respectivement de la remise en droit de superficie, se monte à presque 90 mio. fr. Avec cette somme, le syndicat de communes doit procéder à la préparation des terrains pour un coût d'environ 42 mio. fr. Il sera tenu de participer aux frais de travaux archéologiques à hauteur de 12.5 mio. fr. au maximum. Les coûts restants seront pris en charge par le Canton et par la Confédération. Il y a également le rachat de quelques terrains qui appartiennent à des tiers dont le «Barkenhafen», qui va revenir en droit de retour à la Ville en 2028. Ce terrain est aujourd'hui en droit de superficie.

Après déduction de ces 42 mio. fr., il restera 48 mio. fr. pour l'infrastructure d'intérêt publique, soit l'aménagement de toute la zone de la Thielle au canal, avec la renaturation des rives, l'aménagement de nombreuses zones de détente, un reboisement d'une partie de la zone, etc. Il restera une réserve de 7 mio. fr., pour l'entretien, la maintenance, les améliorations, etc. Après la construction, le syndicat de communes pourra compter sur des rentrées provenant des places de parc, des places de port, des manifestations culturelles et autres. Ce syndicat, formé des deux communes de Bienne et Nidau, est une forme juridique qui est utilisée assez souvent lorsque deux communes ou plus ont des tâches à exécuter ensemble. Ce syndicat doit être agréé par le Canton. Il y a donc une garantie qu'il corresponde au droit en vigueur. À ce sujet, l'Office des affaires communales et de l'aménagement du territoire (OACOT) a déjà donné un préavis favorable au «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» qui nous occupe ce soir. Celui-ci aura des tâches bien précises dont notamment l'exécution du contrat avec Mobimo S.A. et la surveillance de la création et l'entretien

des infrastructures publiques au bord du lac. La fortune de ce syndicat sera constituée, au début, des terrains de la zone AGGLOlac remis gracieusement par les deux communes, puis par les montants versés par l'investisseur pour acquérir la propriété ou le droit de superficie de ces terrains, et ensuite des revenus des infrastructures publiques. Selon le projet de règlement d'organisation du «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» (Rorg), les organes de celui-ci consistent en un Conseil du syndicat de commune, constitué de deux membres de chacun des conseils municipaux des communes affiliées (art. 24 Rorg), une assemblée des délégués formée normalement des conseillers municipaux de chacune des deux villes (art. 16 Rorg), et les communes avec leurs organes responsables respectifs. Les communes restent compétentes pour modifier le règlement, dissoudre le syndicat et surtout pour accepter les nouvelles dépenses uniques de plus de 1 mio. fr. ou les dépenses récurrentes de plus de 200'000 fr. si 1000 personnes de Bienne et de Nidau ou un des deux Conseils municipaux dans leur ensemble le demandent. Les communes gardent donc la main sur le patrimoine du syndicat, soit par le biais leur Conseil municipal élu, soit par le référendum. La gestion ultérieure des infrastructures publiques sera grandement simplifiée par ce mécanisme qui permet de réunir les intérêts des deux communes. Elles pourront, pour la zone en question, fusionner leurs intérêts, leurs ressources et leurs tâches.

J'en ai terminé avec la description du projet. Contrairement à ce qui a été annoncé, je vais maintenant passer la parole à la vice-présidente de la CDG, Madame Tanner, qui va vous présenter l'avis de la majorité de la CDG. Je reprendrai la parole ensuite pour vous donner l'avis de la minorité de la CDG.

Tanner Anna, GPK: Wie erwähnt äussern sich heute zwei Sprecherinnen der GPK zum vorliegenden Geschäft. Ich vertrete die Kommissionsmehrheit. Anschliessend wird Natasha Pittet die Position der Kommissionsminderheit erläutern. Der Bericht des Gemeinderats legt das vorliegende Projekt umfassend dar. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit offenbaren sich aber verschiedene Mängel und Risiken, die ich nachfolgend darlegen werde:

Zum finanziellen Aspekt: Investitionskosten und Finanzierung für den Aufbau der öffentlichen Infrastruktur sind nachvollziehbar. Aus dem Landgeschäft nimmt der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» knapp CHF 90 Mio. ein. Damit finanziert er die Bereitstellung der Terrains für etwas mehr CHF 40 Mio. Für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur verbleiben gegen CHF 50 Mio. Dafür vorgesehen sind CHF 42 Mio. Der daraus resultierende Überschuss beträgt rund CHF 7 Mio. Die Kostenungenauigkeit bei der öffentlichen Infrastruktur liegt allerdings bei 15%, d.h. CHF 6.3 Mio. auf einen Betrag von 42 Mio. Dazu kommen weitere Kostenungenauigkeiten bei der Bereitstellung des Terrains wie beispielsweise 10% für die Altlastensanierung, womit nochmals einige hunderttausend Franken anfallen. Unter dem Strich, und auch weil es meistens teurer wird als geplant, dürfte der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» bei einer schwarzen Null ankommen. Damit sind aber nur die Bereitstellung der Terrains und der Aufbau der öffentlichen Infrastruktur abgedeckt. Unklarer wird es bei den Kosten für den Betrieb und den Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur, für die gemäss Vertrag mit Mobimo AG der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» zuständig ist. Die Kosten werden mit jährlich CHF 730'000 veranschlagt. Wie diese Ausgaben finanziert werden sollen, bleibt unklar. An der Informationsveranstaltung wurde gesagt, es sei davon auszugehen, dass der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» diese Kosten mit Einnahmen aus Vermietung und

Gebühren erwirtschaften wird. Ein entsprechendes Betriebsbudget gibt es aber nicht. Die Finanzierung von Betrieb und Unterhalt ist somit nicht plausibel nachvollziehbar. Beiden Städten verbleibt ein finanzielles Risiko von mehreren hunderttausend Franken. Ein eventuelles Defizit müssten gemäss Entwurf des Organisationsreglements «Verband Seeufer Nidau-Biel/Bienne» (OgR) die Städte Biel und Nidau decken. Hinzu kommt, dass langfristige Sanierungen und Erneuerungen nicht mitberücksichtigt werden. An der Informationsveranstaltung wurde lediglich gesagt, dass vermutlich erst nach 100 Jahren eine grössere Sanierung notwendig sein dürfte. Diese Aussage hält die Mehrheit der GPK für unrealistisch. Im Bericht des Gemeinderats steht ausdrücklich, dass für die öffentliche Infrastruktur keine Abschreibungen vorgesehen werden. Wenn aber mit der Abschreibungsdauer der Schüssinsel verglichen wird, müssten innerhalb von 40 Jahren rund CHF 40 Mio. aufgewendet werden. Somit müsste der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» jährlich CHF 1 Mio. zusätzlich erwirtschaften. Er steuert also auf ein strukturelles Defizit von CHF 1 bis 2 Mio. jährlich zu, wofür die Städte Biel und Nidau aufkommen müssten. Auf Nachfrage eines GPK-Mitglieds beim Gemeinderat stellte sich jedoch heraus, dass doch Abschreibungen getätigt werden sollen. Dieser Widerspruch zeigt, dass der Gemeinderat den finanziellen Risiken zu wenig Beachtung schenkt. Die GPK hat die Aufgabe, auf solche Risiken hinzuweisen. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit sind diese Risiken nicht tragbar. Ein weiterer Diskussionspunkt in der GPK waren die Kosten von CHF 14 Mio. für den inneren und äusseren Hafenbereich, der nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung genutzt wird. Als separates Geschäft hätte dieser Ausbau kaum Chancen, akzeptiert zu werden.

Der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» soll Entscheidungen treffen, die in beiden Städten teils in der Kompetenz der Parlamente und teils in derjenigen der Stimmberechtigten liegen. Die Mehrheit der GPK hat deshalb grosse Vorbehalte, was dessen Gestaltung und Organisation betrifft. Die Kommissionsmehrheit versteht nicht, wieso nur die Exekutive im Verband vertreten sein soll, da dessen Vorstand und die Delegiertenversammlung wichtige Entscheide treffen, die sich auf die Finanzen beider Städte und deren öffentliche Infrastruktur auswirken. Der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» ist nicht bloss ein Organ, welches technische, eng definierte Aufgaben erfüllen soll, wie dies bei anderen Gemeindeverbänden der Fall ist. Es wäre daher wünschenswert, dass zumindest in der Delegiertenversammlung nicht nur ausschliesslich Gemeinderatsmitglieder Einsitz nehmen können. Bei diesem Projekt geht es um wichtige Entscheide von grosser finanzieller Tragweite, die auch mit einem entsprechenden Risiko behaftet sind. Die Einflussmöglichkeiten der städtischen Parlamente und der Bevölkerung auf den Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» wären sehr gering. Eingereichte Vorstösse würden wohl abgelehnt mit dem Hinweis, dass das Anliegen in die Kompetenz des Verbands «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» fällt. Ein Referendum mit 1'000 Unterschriften aus beiden Städten wäre nur für ungebundene Ausgaben möglich. Dies schliesst jedoch alle vertraglich geregelten Punkte wie beispielsweise die öffentliche Infrastruktur und die Bereitstellungskosten aus. Abschliessend lässt sich festhalten, dass die Grundsätze zur Gründung eines Verbands «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» und die vertraglich geregelten Rechtsgeschäfte an sich nicht umstritten sind, deren Ausgestaltung hingegen schon. Kritisch betrachtet werden die finanziellen Risiken, die fehlende Finanzstrategie und die schwindende Einflussnahme der Parlamente auf das ganze Projekt. Die Legislative muss die Ausgaben schlussendlich verantworten, kann aber praktisch nicht mitreden. Bei einem Projekt an dieser Lage soll davon ausgegangen werden können, dass es der Stadt finanzielle Vorteile und nicht Nachteile bringen wird. Vorliegend überwiegen

jedoch die finanziellen Risiken. Aus den genannten Gründen empfiehlt die Kommissionsmehrheit der GPK dem Stadtrat, das Geschäft abzulehnen.

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Je vous explique brièvement pourquoi une minorité de la CDG vous recommande d'accepter la création du «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» et son règlement. Nous nous sommes aussi demandés si le règlement permet un contrôle démocratique suffisant des décisions du Conseil ou de l'assemblée des délégués du syndicat de communes par les parlements et les populations de Bienne et Nidau. La minorité de la CDG arrive à la conclusion que tel est le cas, car la possibilité d'un référendum avec seulement 1000 signatures pour les deux villes est une garantie importante. Quant aux dépenses d'entretien et de maintenance des infrastructures publiques, nous sommes convaincus que 7 mio. fr. de réserves prévues et les entrées du «Barkenhafen», les taxes des places de parc, les taxes d'utilisation pour les manifestations culturelles ou autres suffiront amplement pour l'entretien et les rénovations courantes. D'ailleurs, je vous rappelle que le «Barkenhafen» est une entreprise commerciale qui est saine. Si des dépenses plus importantes s'avèreraient nécessaires par la suite et dépasseraient 1 mio. fr., le référendum serait facile à instaurer par 1'000 citoyens ou par un des Conseils municipaux, en cas de désaccord entre Bienne et Nidau. Les risques financiers encourus par les villes de Bienne et Nidau ne sont donc pas supérieurs à ceux pour un autre grand parc, comme le parc de l'Ile-de-la-Suze. À ce sujet, je suis étonnée d'entendre certaines voix s'élever, aujourd'hui, pour demander comment la Ville va payer des rénovations dans 100 ans, alors que personne ne s'est manifesté sur d'autres dossiers, comme celui du parc de l'Ile-de-la-Suze, qui nécessitera certainement des rénovations d'ici un siècle.

Certaines voix s'élèvent aussi pour contester la réalisation du projet avec une entreprise à but lucratif. Laissez-moi vous dire que sans l'accord d'une entreprise commerciale qui pense obtenir un rendement sur les investissements consentis, les villes de Bienne et Nidau n'auraient tout simplement pas les moyens de réaliser l'immense infrastructure publique prévue au bord du lac. Cette dernière coûte, je vous le rappelle, 42 mio. fr. à la construction, sans compter l'entretien. Bienne et Nidau ne pourraient jamais emprunter 42 mio. fr. qu'il faudra rembourser et sur lesquels il faudra payer des intérêts, même s'ils sont minimes aujourd'hui, pour aménager un immense parc et renaturer les rives du lac. Si la Ville de Bienne veut offrir à sa population cette immense plus-value et pérenniser cet accès au lac d'une grande qualité, il faut trouver un investisseur privé qui soit d'accord de payer un prix suffisant pour permettre aux villes de Bienne et Nidau de tirer un bénéfice suffisant, à leur tour, afin de pouvoir procéder aux travaux. Ce n'est pas compliqué, c'est simplement mathématique. Enfin, je vous rappelle que, vu l'importance financière du projet, un «oui» aujourd'hui signifie un « oui » pour soumettre le projet au peuple. Ce n'est même pas encore un «oui» à la création du syndicat de communes et au transfert des terrains à celui-ci. C'est un « oui » à l'exercice de la démocratie semi-directe chère à tout le monde ici, j'imagine. Pourquoi refuser que le Peuple, qui a déjà été consulté d'une manière informelle, puisse avoir le dernier mot? En conclusion, une minorité importante de la CDG vous recommande de soumettre au Peuple le projet AGGLOlac. Plus concrètement, cette minorité importante propose d'accepter, ce soir, de soumettre au Peuple la création du «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» permettant la mise en œuvre du projet, et de transmettre à ce syndicat les terrains situés à Nidau qui appartiennent à la Ville de Bienne. Ensuite, que le débat se passe de manière ouverte et loyale entre politiciens/politiciennes et population, acteurs culturels, commerçants et coopératives.

Puis que la population décidera ce qu'elle veut réaliser au bord du lac de Bienne et non seulement 60 membres du Conseil de Ville.

Augsburger-Brom Dana, Vizepräsidentin IKA: An ihrer letzten Sitzung vom 22. Februar 2021 entschied die interkommunale Kommission AGGLOlac (IKA), das sehr umfangreiche Dossier nicht noch mit einem umfangreichen Kommissionsbericht zu ergänzen, sondern eine Empfehlung abzugeben, die den Stadtparlamenten von Biel und Nidau gleichlautend vorgelegt wird: «Die IKA vertritt einstimmig die Ansicht, dass das Projekt alle nötigen Planungsschritte bewältigt hat und dementsprechend «spruchreif» ist, um den Parlamenten von Nidau und von Biel/Bienne vorgelegt zu werden. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt den Stadtratsmitgliedern von Nidau und Biel/Bienne die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft. Die Kommissionsminderheit empfiehlt, dem Geschäft nicht zuzustimmen, weil sie das vorgeschlagene Projekt aus unter anderem finanztechnischer Sicht als bedenklich bewertet.» Die IKA hat mit grossem Engagement viel Arbeit geleistet. Auf Ihren Tischen finden Sie die Stellungnahmen der IKA zu den wichtigsten Themen sowie deren Empfehlung.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Nun stehen wir hier, 18.5 Jahre, nachdem die Expo 02 ihre Tore schloss. Das jüngste Stadtratsmitglied erblickte damals das Licht der Welt erblickt. Vor 12 Jahren lancierten die Bieler Behörden die Vision AGGLOlac. Nach über einem Jahrzehnt der Planung, nach vielen Irrungen, Wirrungen und Zusatzschlaufen liegt heute das Projekt vor, welches die Parlamente von Biel und Nidau bestellt haben. Auch die Fraktion GLP+ hat sehr intensiv über das Geschäft diskutiert. Wir haben es uns nicht leichtgemacht. Die Fraktion GLP+ sieht in diesem Projekt viel Gutes. Es ist ein urbanes Stadtentwicklungsprojekt und stellt einen wichtigen Impuls in einer Zeit des Stillstands dar. Aus raumplanerischer Sicht ist das Projekt durchwegs grünliberal. Ein dichtes, urbanes Quartier soll entstehen an zentraler Lage und in unmittelbarer Nähe des Bieler Bahnhofs, des Campus der Fachhochschule und des Swiss Innovation Parks. Es ist kein Zufall, dass der Kanton diesen Perimeter in seiner kantonalen Richtplanung als «Entwicklungsschwerpunkt Wohnen» definiert hat. Es gibt nur wenige Orte im Kanton, welche zur Schaffung von neuem Wohnraum geeigneter sind, ohne dass ein historisch gewachsenes Quartier dafür weichen muss. Aus landschaftlicher und ökologischer Sicht ist zentral, dass künftiger Wohnraum nicht mehr in Form von Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese entsteht, sondern in Projekten wie dem vorliegenden, das geradezu ein exemplarischer Entwurf gegen die Zersiedelung ist. AGGLOlac wird ein ökologisch vorbildliches Quartier sein. Die Wärme- und Kälteversorgung erfolgt durch den Entzug von Energie aus dem Seewasser. Der ESB (Energie Service Biel/Bienne) und die Stadt Nidau haben damit ein Vorhaben mit Pioniercharakter und grossem Potential angestossen. Das Quartier wird 2000-Watt-zertifiziert und somit den energetischen Anforderungen der Zukunft entsprechen. Die Dächer sollen begrünt oder allenfalls zur Energiegewinnung genutzt werden. Das Quartier wird weitgehend frei von Motorfahrzeugen und dank seiner zentralen Lage hervorragend mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV), zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar sein. Zu beachten ist ausserdem, dass es sich bei der vorgeschriebenen Anzahl Parkplätzen um einen Maximalwert handelt. Aus Sicht der Fraktion GLP+ ist eine unterirdisch angelegte Parkplatzanlage wünschenswert. Die platzfressenden oberirdischen Parkplätze müssen soweit möglich reduziert werden. Nach Kontakt mit einem im Projekt involvierten Architekten sind wir auch zuversichtlich, dass das Projekt gestalterisch ansprechend sein wird. Vorgesehen ist der prominente Einsatz von Holz als Baumaterial. Die Fraktion GLP+ kann dem Bauprojekt sehr viel Gutes abgewinnen.

Allerdings gibt es auch kritische Punkte. Die Fraktion GLP+ hat sich immer für mehr Freifläche am See eingesetzt. Bei der Auswahl des städtebaulichen Konzepts im Rahmen des Ideenwettbewerbs wurde ein Schritt in diese Richtung gemacht. Seither hat sich allerdings diesbezüglich nichts mehr bewegt. Wie die Umfrageergebnisse der Gassmann-Medien zeigen, dürfte dies ein Versäumnis sein. Ein weiterer Kritikpunkt sind die Finanzen, gerade aus Bieler Sicht. Angesichts der finanziellen Herausforderungen, mit denen die Stadt Biel laufend konfrontiert ist, stellt sich die Frage, weshalb die Stadt sich dieses Geschäft leisten soll. Aus steuerlicher Sicht bringt dieses Projekt der Stadt Biel unbestreitbar keinen Mehrwert. Durch die entschädigungsfreie Übergabe der städtischen Grundstücke an den Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» erhält Biel zwar Infrastrukturen, die aber letztlich auf Nidauer Stadtgebiet liegen. Um diesen komplexen Begebenheiten gerecht zu werden, wurde der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» vorgesehen. Aus Sicht der Fraktion GLP+ weist dieser aber in seiner heutigen Ausgestaltung erhebliche Mängel bezüglich seiner Konstruktion und Unklarheiten bezüglich seiner Finanzierung auf. Es braucht in jedem Fall Nachbesserungen, die aber möglich sind und für die sich die Fraktion GLP+ einsetzen wird. Schlussendlich könnten aber diese Fragen in Zusammenhang mit dem Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» nur aus der Welt geschaffen werden, wenn wir die heutigen Gemeindegrenzen überdenken. Die Welt ist nicht schwarz-weiss und vielleicht ist hier der Mittelweg der beste Weg. Aus diesem Grund wird die Fraktion GLP+ einen Rückweisungsantrag einreichen. Ich werde diesen später begründen, nachdem alle Fraktionen Stellung genommen haben. Mit dem Rückweisungsantrag wird die Fraktion GLP+ die Weiterführung des Projekts unter Berücksichtigung wichtiger Kritikpunkte einfordern. Sollte die Rückweisung scheitern, stellt sich die Frage, ob wir das Glas als halb voll oder halb leer betrachten. Wie dargelegt sprechen aus unserer Sicht gute Gründe für das Projekt, aber auch dagegen. Nachdem nun aber bereits viel Geld und Mühe in das Projekt geflossen sind, wäre eine sang- und klanglose Ablehnung unverantwortlich. Die Fraktion GLP+ wird dem Geschäft, falls es zur Schlussabstimmung kommt, mehrheitlich zustimmen. Sie ist der Ansicht, dass sich nach über einem Jahrzehnt Planung und in Kenntnis aller Argumente dafür und dagegen endlich auch die Stimmberechtigten zum Projekt AGGLOlac äussern können sollten.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Heute und morgen steht dem Bieler Stadtrat eine Monsterdebatte bevor. Befürwortende und GegnerInnen werden sich in vielem nicht einig sein. Ich möchte deshalb zu Beginn der Debatte auf eine Gemeinsamkeit hinweisen: Wir alle finden die heutige Nutzung des ehemaligen Expo-Areals unbefriedigend und wünschen uns, dass das grosse Potential dieses Gebiets endlich ausgeschöpft wird. Wir sind uns nur nicht einig, wie dies geschehen soll. Der heute vorliegende Vorschlag schöpft für die Fraktion SP/JUSO das grossartige Potential des Gebiets nicht aus, sondern beschneidet im Gegenteil dessen Möglichkeiten. Die Fraktion SP/JUSO wird deshalb das vorliegende Projekt nicht mittragen. Es stimmt nicht nur nicht in den Details, sondern wir lehnen das Fundament der Vorlage ab. Die Arbeit des Gemeinderats der letzten Jahre ist dabei nicht das Problem. Dass nun ein erheblicher Teil des Landes im Baurecht abgegeben wird, ist im Gegenteil auch auf die Anstrengungen des Bieler Gemeinderats zurückzuführen. Der Gemeinderat hat die schwierige Aufgabe gefasst, ein überzeugendes Projekt vorzulegen, das auf einem schlechten Fundament aufbaut. Ich gehe auf drei Gründe näher ein, wieso die Fraktion SP/JUSO die Vorlage nicht unterstützen kann:

1. Der überwiegende Teil der Wohnungen soll durch einen profitorientierten Immobilienkonzern gebaut werden. Mit dem Investor Mobimo AG wird ein

erheblicher Teil der zu erstellenden Wohnungen teuer und nur für eine gehobene Schicht erschwinglich beziehungsweise für einen grossen Teil der Bieler Bevölkerung schlicht nicht bezahlbar sein. Für manche Stadtratsmitglieder ist es wohl selbstverständlich, dass in Wohnungen an solchen Standorten hauptsächlich Menschen mit hohen Einkommen wohnen. Die Fraktion SP/JUSO sieht das jedoch anders. Das Seeufer soll nicht durch einige wenige Privilegierte genutzt und bewohnt werden können. Das Seeufer muss für alle da sein und nicht nur für wenige.

2. Das Projekt ist überdimensioniert. Zu viele Freiflächen und damit potentielle Grünflächen werden überbaut. Gerade wenn die Stadt wächst, ist ein Naherholungsgebiet am See für vielfältige Nutzungen von zentraler Bedeutung. Diese Überdimensionierung ist eine weitere Folge der Wahl des Investors, der in jeder nur möglichen Ecke Geld verdienen will. Sogar das Bieler Strandbad soll teilweise überbaut werden, damit Mobimo AG auf den ehemaligen Strandbadflächen Profite einstreichen kann. Das Strandbad für ein Luxusquartier teilweise zu überbauen, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Welche Stadt würde so etwas jemals tun?
3. Die Finanzierung ist, insbesondere für die Stadt Biel, eine Katastrophe. Mit dem Land im Besitz der Stadt Biel können Erträge von rund CHF 70 Mio. generiert werden. Werden die Kosten für die Aufbereitung des Bodens abgezogen, bleiben ungefähr CHF 50 Mio. übrig. Dieses Geld wird mit dem aktuellen Projekt quasi verschenkt. Es wird benötigt, um die Infrastruktur auf dem Gebiet einer anderen Gemeinde zu finanzieren. Infrastruktur, welche nicht im Zuständigkeitsgebiet der Stadt Biel liegt. Für Nidau ist dieser Aspekt natürlich positiv und für Mobimo AG schon fast paradiesisch. Investiert die öffentliche Hand in die Infrastruktur, kann Mobimo AG die Preise für den Verkauf und die Mieten anheben. Die Profite fliessen dann in Fonds unter anderem bei Blackrock, UBS und CS. Die Stadt Biel bezahlt, profitieren wird Mobimo AG. Kosten werden sozialisiert, Gewinne privatisiert. Das entspricht nicht den Vorstellungen der Fraktion SP/JUSO.

Die Präsidentin der GPK hat vorhin gesagt, dass es heute gar nicht um diese Punkte geht. Dieser Aussage muss ich mit aller Deutlichkeit widersprechen. Der Stadtrat entscheidet zwar nur darüber, ob er bereit ist, grosse Landteile zu verschenken und einen Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» zu gründen. Es stimmt aber nicht, dass es nicht um Grünflächen, Mobimo AG und AGGLOlac geht. Es geht darum, ob dieses Land für dieses Projekt und für Gebäude dieses Investors kostenlos abgegeben werden soll. Was mit diesem Land passieren soll, spielt eine entscheidende Rolle und darf nicht unter den Teppich gekehrt werden, wie die FDP das gerne möchte.

Was ist zu tun angesichts der Kritikpunkte? In den letzten Wochen haben besonders FDP-nahe Kreise verlauten lassen, dass die Parlamente dem Projekt doch zustimmen sollen, damit die Bevölkerung in einer Volksabstimmung darüber entscheiden kann. Die Absicht dahinter ist offensichtlich: das Projekt um jeden Preis in den Parlamenten durchzudrücken. Das Argument, die Bevölkerung abstimmen zu lassen, klingt auf den ersten Blick gut. Die Urhebenden dieser Forderung haben aber nicht verstanden, wie das demokratische, politische System auf Stadtebene funktioniert. Der Stadtrat kann eine Vorlage dem Volk nicht zur Ablehnung empfehlen. Wäre dies möglich, wäre das für uns eine valable Option. In Biel wird aber eine Volksabstimmung nur durchgeführt, wenn der Stadtrat die Vorlage zur Annahme empfiehlt. Soll der Stadtrat der Bevölkerung eine Vorlage zur Annahme empfehlen, wenn sie schlecht für die Stadt Biel ist? Nehmen wir ParlamentarierInnen unsere Verantwortung noch wahr, wenn wir eine

schlechte Vorlage zur Annahme empfehlen? Die Fraktion SP/JUSO hält ein solches Vorgehen für verantwortungslos. Wir wollen der Bevölkerung keine Vorlage empfehlen, mit der CHF 50 Mio. verschenkt werden sollen. Ich mache die FDP darauf aufmerksam, dass ihr auch bei einer Ablehnung des Geschäfts im Stadtrat immer noch die Möglichkeit offensteht, mit einer Initiative die Abstimmung zu erzwingen. Die Fraktion SP/JUSO wird das vorliegende Projekt ablehnen. Rückweisungsanträge erachten wir nicht als sinnvoll, weil das Projekt zu viele Mängel aufweist. Es braucht eine grundsätzliche Überarbeitung und nicht bloss kosmetische Korrekturen. Nichtsdestotrotz wünscht auch die Fraktion SP/JUSO, dass das Potential des Expo-Areals endlich ausgeschöpft wird. Die Fraktion SP/JUSO will, dass dort jetzt etwas passiert und nicht weitere 20 Jahre Brache drohen. Sollte das vorliegende Projekt abgelehnt werden, wird die Fraktion SP/JUSO mit konstruktiven Vorschlägen eine rasche Nutzung des Geländes forcieren. Diese soll die Menschen in das Zentrum stellen und nicht die Profite.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Sur le papier, le projet AGGLOlac paraît très alléchant, mais une grande partie du Groupe Les Verts se positionne, pour diverses raisons, contre ce projet. Notre groupe a toujours été sceptique à l'égard du projet AGGLOlac, mais ce n'est pas la densification qui a suscité cette critique, bien au contraire. Il est clair que si l'on construit sur l'aire d'Expo.02, il faut le faire de manière densifié, et c'est le grand avantage du projet AGGLOlac. Notre groupe n'est pas favorable à un redimensionnement du projet. Si une construction doit avoir lieu sur l'ancien site de l'Expo.02, elle doit se faire dense. Toutefois, cela ne signifie pas que la construction doit se faire à cet endroit. Il existe encore un grand potentiel de densification dans la région, et même Nidau pourrait atteindre ces objectifs de densification sans le projet AGGLOlac. AGGLOlac doit être une référence pour le développement de l'urbanisation vers l'intérieur et pas seulement un grand complexe dans un endroit de premier choix. Le projet sur lequel nous allons débattre, ce soir, ne suit pourtant pas cette exigence. Au lieu de résoudre les problèmes de trafic, AGGLOlac les exacerbe. Ce projet doit être orienté vers une vie sans voiture ou presque. AGGLOlac n'est pas une réponse à la crise climatique. Oui, il s'agit de bâtiments neufs, mais ils émettraient toujours du CO₂. En outre, les objectifs de la «société à 2000 watts» ne sont que des déclarations d'intention. Lorsque l'on construit, on le fait pour des années. Il est donc impératif d'avoir une réflexion sur les besoins futurs des populations, mais également sur les besoins actuels et futurs en matière de protection de l'environnement. La promesse de construction de logements d'utilité public est loin d'être une promesse garantie. Si de tels logements sont construits, ils le seront en dernier. La Ville de Bienne pourrait être pionnière avec un projet participatif et démocratique, dans lequel les personnes qui souhaitent habiter un quartier bâtissent cette zone ensemble. Plusieurs idées existent sur la forme que pourrait prendre l'ancien site de l'Expo.02. AGGLOlac est une des réponses, mais ce n'est pas *la* réponse. D'autres expériences ont montré qu'un projet ficelé, sans avis préalable de la population, peut faire grandir l'opposition.

Le syndicat de communes «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» est anti-démocratique. Il lui manque la participation et le contrôle démocratique. Le projet AGGLOlac est une occasion manquée pour le bilinguisme. Malgré des recettes fiscales supplémentaires, Nidau renonce à devenir une ville bilingue. Cette attitude de plus en plus négative de la part des Vertes et des Verts se fonde sur la planification et les accords contractuels entre les villes de Bienne et Nidau et l'investisseur privé. Le financement n'est pas non plus durable. Il n'existe ni de stratégie financière à long

terme, ni de plan financier montrant comment le syndicat de commune va générer les fonds nécessaires au fonctionnement et à l'entretien ainsi qu'à la rénovation et au renouvellement à long terme. Les deux villes devront déboursier au syndicat des communes, chaque année, entre 1 et 2 mio. fr. pour la couverture du déficit. Les générations futures devront se demander si un espace ouvert et généreux au milieu de l'agglomération ne contribuerait pas davantage à la densification, dans une région qui sera un jour plus grande. La densification renforce l'importance d'espaces ouverts et attrayants. L'avenir de l'ancien site de l'Expo.02 n'est donc peut-être pas un projet comme AGGLOlac – à condition qu'il puisse être financé, ce que la Ville de Nidau ne pourra pas faire seule. Par conséquent, le Groupe les Verts est d'avis qu'une fusion communale est nécessaire avant toute planification du développement ultérieur de la zone. Dans ce contexte, il rejette ce projet qui met davantage l'accent sur une gentrification et une densification irréfléchie et peu avantageuse pour la Ville de Bienne. De plus, cela va entraîner la disparition d'une zone récréative pour une future utilisation. Donnons-nous l'occasion de débattre et de faire notre travail de parlementaire. Le Conseil de ville ne doit pas simplement « refiler » ce projet à la population par le biais d'un vote.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat die Vorlage zusammen mit ihren ParteikollegInnen aus Nidau beraten. Rasch hat sich herausgestellt, dass sich das Projekt AGGLOlac unter einem Bieler und einem Nidauer Blickwinkel betrachten lässt und je nachdem zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führt. Ich lege Ihnen nun die Sichtweisen dar, die in der Bieler Fraktion dominiert haben. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist erfreut, dass in den Parlamenten endlich über das Projekt AGGLOlac debattiert wird. Ausser Frage steht, dass die aktuelle Brache viel Potential für eine sinnvolle, funktionelle und ästhetisch ansprechende Nutzung hat. In der Gesamtbetrachtung ist der Investorengesellschaft Mobimo AG zu attestieren, dass sie ein stimmiges, vielschichtiges und abwechslungsreiches Projekt präsentiert, das viele Aspekte unter einen Hut zu bringen vermag. Es entstünde ein Quartier für rund 2000 Bewohnende, unter Berücksichtigung der Vorgabe für verdichtetes Bauen. Wohnungen in verschiedenen Preiskategorien würden erstellt und das Seeufer aufgewertet. Die Überbauung will eine Brücke zwischen Biel und Nidau schlagen. Der Grüngürtel am See soll aufgewertet werden und ist dank der «PubliLac»-Initiativen grösser ausgefallen als ursprünglich geplant. Das Projekt darf für sich in Anspruch nehmen, den Städten Biel und Nidau als auch der Region einen Ruck zu geben, das zusammen mit dem Campus Biel ein neues Kapital aufgeschlagen will.

Wo Licht ist, gibt es aber auch Schatten. Es ist schon fast beschämend, wie fahrlässig die städteplanerischen Aspekte bei einem Projekt dieser Grösse ausser Acht gelassen worden sind. Als erster Punkt ist die Schulraumplanung zu nennen. Eine solche ist faktisch nicht vorgesehen. Die Kosten für zusätzlichen Schulraum trägt in erster Linie Nidau, doch auch für Biel ist mit entsprechendem Mehrbedarf zu rechnen. Heute werden die französischsprachigen Schulkinder nicht in Nidau, sondern in Biel unterrichtet. Die im Projekt ausgewiesenen Kosten sind so tief angesetzt, dass sie als realitätsfremd einzustufen sind. Der zweite Punkt betrifft den Verkehr. Die heute existierenden 400 öffentlichen Parkplätze sollen um die Hälfte reduziert werden. Eine erneute Anhebung auf die heutige Anzahl erfolgt nur, wenn das Fahrtenkontingent 3'700 Fahrten pro Werktag beträgt. Das ist absolutes Wunschdenken. Allein aufgrund des neu geschaffenen Naherholungsgebiets und den dort geplanten Aktivitäten ist mit Mehrverkehr zu rechnen. Hinzu kommt, dass die Planenden von der Realisierung des

A5-Westasts ausgingen. Der dritte Punkt liegt in der Organisation des geplanten Verbands «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» es. Dieser Gemeindeverband hat nicht nur eine eigene Budgetkompetenz, sondern schaltet auch die Parlamente und ihre Aufsichtsorgane aus. Er bildet eine eigene öffentlich-rechtliche Anstalt, welche von den Exekutiven der beiden Städte dominiert wird. Hinzu kommt das Risiko einer Nachfinanzierung durch die Städte. Die Steuerzahlenden dürfen zwar über ihre VertreterInnen im Stadtrat nicht mehr Einfluss nehmen, die Rechnung begleichen hingegen schon. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sieht die grossen Chancen aber auch die Gefahren, die das Projekt AGGLOlac mit sich bringen. Bei der Güterabwägung überwiegen für die Hälfte der Fraktion die Vorteile, für die andere Hälfte hingegen die Nachteile. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat aus diesem Grund Stimmfreigabe beschlossen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Nous remercions le Conseil municipal pour tout le travail effectué sur ce grand dossier durant de nombreuses années. Revenons à la base de ce projet. Expo.02 terminée, le Conseil municipal de l'époque et spécialement le Maire Hans Stöckli, a lancé le projet AGGLOlac. Le réalisme a réduit le projet d'une vision de petite Venise à un espace public au bord de l'eau. La réalité a vite montré qu'un financement uniquement public n'était pas possible. Nidau l'a communiqué très clairement. Pour Bienne également, il semble difficile que la Ville investisse seule plusieurs dizaines de millions pour cet aménagement. La conséquence serait une augmentation des impôts que le Groupe PRR ne veut pas. Donc, il ne reste que la possibilité de collaborer avec un investisseur privé pour y construire des immeubles. Il serait ainsi possible de financer l'assainissement, les fouilles archéologiques et l'aménagement d'un espace public. À titre personnel, je pourrais rêver d'une réserve d'oiseaux, d'une forêt primaire ou d'une construction dans un style belle époque. La réalité de la nouvelle construction n'a pas cette ambition de perfection, mais elle n'est pas aussi laide que les constructions des années 80. Le problème du financement reste le même, peut-être encore plus qu'avant la crise post-covid. L'argent ne tombe pas du ciel et mes rêves ne sont pas réalistes.

En 2013, le Conseil de ville s'est penché sur le dossier. Il a demandé et obtenu l'accès aux coopératives, le droit de superficie et des mesures écologiques. Le projet est sensé respecter ces promesses. Nous préférons ne pas nous attarder sur certains arguments anticapitalistes primaires, voir communistes, s'attaquant aux soi-disant diable Mobimo S.A., dont le capital vient de nos caisses de pension. Avec notre nouveau parlement, je peux comprendre que les attentes ont peut-être évolué, mais je suis déçu d'entendre simplement un non au projet. J'aurais pu comprendre, peut-être accepter, un renvoi avec des modifications. En cas de refus, le Conseil municipal devra de toute manière présenter un deuxième projet, car c'est une obligation contractuelle. Je vous demande de vous mettre à sa place et de dire comment changer le projet sans avoir une direction claire. Les opposants au projet veulent-ils plus d'espaces verts, plus de culture, des coopératives, de la mixité sociale et moins de voitures ou plus de voitures? Le seul dénominateur commun est le refus du projet. C'est souvent le cas dans des projets d'une telle ampleur.

La mise en œuvre de la nouvelle planification territoriale, dans une optique plus respectueuse de l'environnement, prévoit une densification des zones urbaines afin d'éviter le mitage du territoire. Le Groupe PRR peut souscrire à cette préoccupation. J'aimerais bien savoir où, à Bienne, les Verts veulent vraiment mettre à l'œuvre cette politique si ce n'est pas sur ce projet. Même si nous comprenons les voix qui réclament

le vote par le Peuple, nous restons dans un État de droit. Notre Parlement a des compétences, donc des responsabilités. Il faut les exercer, même si pour ce projet, l'avis du Peuple nous semble approprié. La possibilité de présenter ce projet directement au Peuple est possible à Nidau, mais pas à Bienne. Cette question devra être discutée lors de la révision du Règlement de la Ville. Il ne reste probablement maintenant que l'outil de l'initiative pour que la vox populi puisse se faire entendre. Le projet AGGLOlac ne représente peut-être pas un rêve absolu, mais il est un équilibre entre la vision idéale et la réalité des chiffres. Encore une fois, le Groupe PRR regrette de ne pas avoir de la part des opposants des propositions d'amendement écrites permettant d'améliorer le projet. Si, à l'écoute des Groupes parlementaires, une majorité semble vouloir rejeter ce projet, le Conseil municipal a besoin d'un plan pour aller de l'avant. Même si elle ne correspond pas forcément à notre vision, le parlement doit au moins avoir l'honnêteté de donner une direction à suivre. Notre groupe se réjouit de discuter de la demande de renvoi du Groupe PVL. Le Groupe PRR va soutenir le projet AGGLOlac.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: *«Gouverner, c'est prévoir - regieren heisst vorsehen».* Bei diesem umfassenden und komplexen Projekt müssen viele Aspekte berücksichtigt werden. Es ist besser, vorzusehen als das Nachsehen zu haben. Es geht schliesslich um eine Angelegenheit, welche die kommenden Bieler und Nidauer Generationen immer wieder beschäftigen wird. Le Groupe Einfach libres! revendique cette affaire avec des arguments très différents. Nous avons décidé de ne pas prendre position dans les détails du projet en tant que Groupe, mais de prendre la parole en tant qu'orateur individuel et oratrice individuelle pour présenter nos arguments individuellement. J'espère que Madame la Présidente nous accordera le temps nécessaire de le faire, étant donné que nous n'utilisons aucun temps de parole à disposition pour notre Groupe. Je vous remercie de votre flexibilité et de votre compréhension.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt die Vorlage vorbehaltlos. Es ist ein gutes und zukunftsweisendes Stadtentwicklungsprojekt. Entgegen den gehörten Ausführungen funktioniert AGGLOlac ökonomisch und dessen Finanzierung ist auf Jahre hinaus gesichert. Ökologisch bietet das Projekt das, was wir heute brauchen. Es ist verkehrstechnisch gut erschlossen und die BewohnerInnen benötigen kein Auto. Soziokulturell wird das Quartier durchmischt sein. Es sollen bezahlbare Wohnungen für den Mittelstand entstehen. Es ist ein attraktives Projekt für die Region und ein zukunftsweisendes Projekt für die Stadt. Ein wunderbarer Naherholungsgürtel wird aufgewertet unter Beibehalt aller Elemente, die uns am Herzen liegen. Die Gastrobetriebe «Péniche» und «Lago Lodge» bleiben erhalten, und der Barkenhafen wird zu einer schönen und weitherum strahlenden Attraktion. Biel und Nidau haben es in der Hand, die Baufelder nachhaltig zu entwickeln. Von Anfang an soll klimaverträglich gebaut und geheizt werden. Je schneller dieses schöne Quartier entsteht, desto eher nimmt der Stadtrat seine Verantwortung wahr. Er hält sich an das Versprechen, das er mit dem Raumplanungsgesetz (Bundesgesetz über die Raumplanung, RPG; SR 700) und dem kürzlich verabschiedeten städtischen Klimareglement (Klimaschutzreglement der Stadt Biel; SGR 8.2-5) gegeben hat. Wohnraum in den Städten soll für die arbeitende Bevölkerung attraktiv sein. Das Projekt schafft Arbeitsplätze, bietet aber auch Perspektiven für die alternde Bevölkerung. Mobimo AG ist zu 90% schweizerisch und gehört zu einem ganz grossen Teil den Pensionskassen. Gemäss den Auskünften, welche die Fraktion FDP einholte, bietet die Mobimo AG fortschrittliche und gute Arbeitsbedingungen. Letztlich hat der

links-grün dominierte Gemeinderat diesen Investor für das vorliegende Projekt ausgewählt. Es geht um unsere Region. Arbeitsplätze werden vor allem dort geschaffen, wo es sich gut wohnen lässt. Mit AGGLOlac steigt die Attraktivität der Stadt Biel nachhaltig, verantwortungsbewusst und zukunftsweisend. Die Konkurrenz ist gross und schläft nicht. Mit AGGLOlac entsteht ein vorbildliches Quartier mit Lebensqualität und Leuchtkraft für die Region – die Fortsetzung des Aufschwungs, der vor 20 Jahren begonnen hat.

Was geschieht, wenn nicht gebaut wird? Der volkswirtschaftliche Schaden wird immens sein:

1. Wir verlieren mit Sicherheit direkt und sofort Investitionsvolumen und Arbeit.
2. Die Signalwirkung einer Ablehnung des Projekts, welches während zehn Jahren mit viel Engagement und Flexibilität erarbeitet wurde, ist eindeutig: «Auf die Menschen am Bielersee kannst du nicht zählen. Da solltest du nicht investieren, wenn Du Deine Pensionskassengelder nachhaltig und zugunsten der älteren Generation einsetzen möchtest». Als Beispiel sei die Firma Netrics erwähnt, die bei uns wachsen und bauen könnte, dies aber wohl nicht tun will, wenn wir nun zum Projekt AGGLOlac nein sagen.
3. Die Stadt Biel wird in der nächsten Krise verletzlicher. Die Schuldenlast ist gross. Immer weniger Menschen tragen eine richtige Uhr am Handgelenk und es ist immer weniger gesichert, dass diese aus Biel kommt. Wir sägen an unserem eigenen Ast. Die Konsequenzen werden eher früher als später spürbar sein.

Verschiedene Stadtratsmitglieder fühlen sich verständlicherweise unter grossem Druck. Überlegen Sie sich aber, welche Schuld Sie auf sich laden, wenn Sie das Projekt ablehnen. Eine Investition von rund einer halben Milliarde Franken wird nicht getätigt und die Brache wird weitere 20 Jahre bleiben. Dies wäre noch zu verschmerzen. Schlimmer ist, dass keine Investitionen mehr getätigt werden, weil auf die Region Biel kein Verlass ist. Keine Firma, die den Verlauf des Projekts AGGLOlac verfolgt hat und keine Spekulantin ist, wird sich in den nächsten zwei Jahrzehnten in der Region Biel engagieren. Damit verlieren wir Arbeitsplätze und – mit dem Verzicht auf eine 2000-Watt-Siedlung, deren Umsetzung die Fraktion FDP genau überwachen würde – den Kampf um das Klima. Es gäbe aber auch einen Verlust an städtebaulicher Qualität. In Biel entstanden grosse und schöne Ideen. Schauen Sie sich die Dufourstrasse an. Diese Idee wurde über Generationen weiterverfolgt und es braucht auch heute solche Ideen. Wenn das Projekt AGGLOlac zurückgewiesen wird, steht weniger Geld für die Entwicklung der Brache zur Verfügung. Weder Investoren noch die Städte Biel und Nidau können sich eine weitere Planung und Entwicklung des Gebiets leisten. Für den Grüngürtel wird kein Geld zur Verfügung stehen. Es sei denn, wir würden weitere Schulden aufnehmen für eine schöne Naherholungszone, die dann bei der nächsten Inflation die Ärmsten treffen würden. Denn in dieser Situation würde der Kanton die Sozialhilfe kürzen und die Stadt könnte diese Ausfälle nicht kompensieren, weil sie die Mittel dazu nicht hat. Kann nachhaltiger und besser gebaut werden, wenn es sozial und wirtschaftlich kälter wird? Dieses Szenario steht uns bevor. Im Moment wird nicht vorhandenes Geld ausgegeben. Irgendwann werden die Zinsen anziehen. Die nachfolgenden Generationen werden die Schuld dem heutigen Stadtrat anlasten. Mittels einer Abstimmung unter Namensaufruf werden sie glücklicherweise sehen können, wer genau die Schuld daran trägt. So schnell wird es kein neues Projekt geben. Dem Stadtrat liegt ein wunderschönes und nachhaltiges Projekt vor. Während 10 Jahren wurde daran gearbeitet und auf Kritik reagiert. Entstanden ist etwas Stimmiges und Vollständiges. Es geht jetzt um dieses Projekt oder gar nichts. Die

Fraktion FDP ist sich ihrer Verantwortung für die Region bewusst und wird dem Projekt zustimmen. Es fällt uns leicht, denn wir erfreuen uns daran.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a débattu le dossier AGGLOlac avec beaucoup de sérieux. Nous tenons à remercier le Conseil municipal pour le rapport et les documents qui nous ont permis de prendre conscience de l'ampleur du projet et de sa complexité. Le projet est, dans son ensemble, intéressant et attractif, mais suivant la forme qu'il prendrait dans le paysage du bord du lac, il serait très différent. On peut parler d'une vision sociétale modifiée quand il s'agit d'un nouveau quartier de 1700 personnes. Or, même si les parlements de Bienne et de Nidau ont approuvé la convention de planification en 2013 et que la population a pu prendre la parole durant une procédure de participation en 2016, nous estimons que les besoins et les valeurs des citoyens et citoyennes ont évolué en matière d'écologie, de mobilité et d'habitat. Le Groupe PSR salue la qualité des espaces verts prévus qui se composent d'un grand parc auprès de la rive, des places publiques, une forêt alluviale, un biotope, l'accès au lac valorisé pour la batellerie et les baigneurs. Il salue également l'intention de développer un «Site 2000 watts», tout en estimant qu'à l'heure de l'urgence climatique, ce minimum devrait être une obligation et non uniquement une intention. Nous voulons plus et mieux pour Bienne et Nidau, et nous souhaiterions un bilan écologique dans cet espace plus que globalement équilibré. Si le souhait est de faire une zone commerciale, ce que nous pouvons partager en partie, nous apprécions l'idée d'avoir des restaurants, des bars, des petits commerces indépendants, des ateliers – à condition qu'ils soient ouverts à toutes les bourses. La possibilité d'organiser des manifestations culturelles ou des marchés en plein air à l'intention du public et des familles est vraiment séduisante. Le Groupe PSR estime aussi que le terrain pourrait être voué à un projet écologique plus ambitieux et moins axé sur l'effort économique comme il est prévu. Bienne et Nidau pourraient rayonner par leur innovation en matière de construction de bâtiments écologiques d'utilité publique, par exemple. Cette ambition serait plus proche des Biennaises et Biennois que les immeubles résidentiels de cinq à huit étages pour une population en grande partie très aisée. La notion de logements d'utilité publique n'est pas suffisamment claire pour que l'on mesure ce que cela pourrait signifier. Le Groupe PSR désire une Ville de Bienne du futur avec plus de coopératives et des quartiers avec une grande mixité sociale, ce qui n'empêche pas des habitations de meilleure qualité aussi. De plus, bien que ces éléments doivent encore être discutés, nous nous interrogeons sur la volonté de construire un hôtel dans ce nouveau quartier, alors que la construction d'un tel établissement est déjà prévue au centre-ville de Bienne. L'offre et la demande n'en seraient-elles pas déséquilibrées? À qui cela profitera-t-il le plus? Nous nous interrogeons sur la nécessité de construire une tour de maintenant 48 mètres à cet endroit. Nous souhaitons aussi aborder le thème de la mobilité. Le port de la petite batellerie est accessible aux voitures et l'espace public ne sera donc pas une zone piétonne. Nous sommes favorables à un espace public au bord du lac, sans voitures. Nous estimons aussi que trop peu de parking à vélos et de toilettes publiques ont été prévus, même si cela ne fait pas formellement l'objet du vote. Le parking visiteurs ainsi que les 0.7 places de parc prévues par logements pour un lotissement de 750 logements laisse présumer un engorgement de la circulation qui ne favorisera en rien l'utilisation de ce lieu par les habitantes et habitants de Bienne et Nidau. Nous nous interrogeons sur la plus-value de ce projet pour Bienne. Les habitantes et habitants de ce nouveau quartier paieront les impôts ailleurs qu'à Bienne. Ce déséquilibre pose un problème qui, sur le long terme, aura certainement des répercussions lourdes pour notre Ville. Par conséquent, le parc immobilier prévu doit être redimensionné et garantir

une réelle mixité sociale. En l'état du projet, seul une élite pourra habiter dans ce quartier résidentiel. La gentrification serait donc très sélective alors qu'il serait intéressant d'avoir des logements accessibles à des familles et de favoriser la mixité intergénérationnelle. Il nous semble, à ce stade, important de mettre en place un dialogue participatif et démocratique afin de redimensionner le projet AGGLOlac selon les besoins et les vœux de la population. Il est aussi possible de créer une commission adhoc qui communique régulièrement de l'avancée des négociations et avec laquelle il est possible de réellement discuter dans le but de construire un projet réellement amélioré. A nos yeux, ce processus est indispensable pour adapter le projet. Etendre et revaloriser les espaces publics, oui! Créer un quartier résidentiel dense à l'arrière du territoire, non! Le Groupe PSR reste ouvert à une discussion constructive. Les soucis exprimés ne reflètent que notre évaluation selon laquelle le projet AGGLOlac ne correspond pas aux besoins locaux. Il réitère toutefois sa confiance envers les Conseils municipaux de Bienne et Nidau. Au vu de ce qui précède, nous vous invitons à refuser le projet.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Nach den Fraktionssprechenden hat der Gemeinderat das Wort gewünscht.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Sowohl die Finanzdirektorin als auch ich werden uns zum vorliegenden Geschäft äussern, da beide Direktionen gemeinsam die Federführung für dieses Geschäft übernommen haben. Dies hat aber auch einen historischen Hintergrund, da zu Beginn der längeren Geschichte des Projekts AGGLOlac die Finanz- und die Präsidialdirektion noch in einer Direktion zusammengefasst waren. Ausserdem ist bei diesem Projekt die Kompetenz beider und weiterer Direktionen gefragt. Der Gemeinderat der Stadt Biel steht hinter dem Projekt AGGLOlac, heute genauso wie vor 10 Jahren. Das Projekt hat sich in dieser Zeit positiv weiterentwickelt. Warum steht der Gemeinderat hinter der Idee AGGLOlac? Die Agglomeration soll massvoll und gesund wachsen. Ein starker und konkurrenzfähiger Wirtschafts- und Wohnstandort braucht ein gewisses Wachstum. Ich bin in Biel der 1970er und 80er Jahre aufgewachsen. Damals war auf dem Stadtgebiet praktisch nirgends ein Baukran zu sehen. Das war weiss Gott nicht die beste Zeit, die ich in Biel erlebt habe. Wenn in Kultur, Sport und Bildung investiert werden soll, ist ein vernünftiges Wachstum notwendig. Ein attraktiver Wohn- und Lebensstandort braucht auch attraktive Freiräume und Begegnungsmöglichkeiten. Genau diese werden mit dem Projekt AGGLOlac am See geschaffen. Heute gibt es am See grosse Rasenflächen, die erhalten bleiben sollen. Es gibt aber keinen direkten urbanen Wasserzugang. Solange ich zurückdenken kann in meinen 24 Jahren als regelmässiger Teilnehmer an Stadtratssitzungen und noch länger als Beobachter, wurde immer wieder bedauert, dass Biel nicht an See liegt. Die Altstadt steht ungefähr einen Kilometer entfernt auf einem Hügel. Der Bau der Bahnlinie im Jahr 1923 hat einen zusätzlichen Riegel zwischen Stadt und See geschoben. Das «Städtli» von Nidau kehrt dem See den Rücken zu. AGGLOlac bietet die Chance, die Urbanität von Bahnhof, Campus, BFB (Bildung Formation Biel-Bienne) und Innovationspark ans Wasser zu holen und eine neue Aufenthaltsqualität am See zu bieten. Einige Menschen liegen gerne auf dem Badetuch auf der Wiese, andere bevorzugen einen Tisch in einem Restaurant an der Marina. Die Infrastruktur des Projekts AGGLOlac bietet diesen Mehrwert für Biel, Nidau und letztendlich für die Menschen aus der ganzen Agglomeration.

Das Projekt ist so konzipiert, dass es ohne Aufnahme von Fremdkapital realisiert werden kann. Das war eine Auflage der Gemeinde Nidau. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine bestimmte Siedlungsdichte notwendig. Der Gemeinderat von Biel konnte den

Gemeinderat von Nidau und Mobimo AG davon überzeugen, eine teilweise Baurechtslösung umzusetzen. Selbstverständlich generiert eine solche Lösung etwas weniger Ertrag als ein Verkauf. Trotzdem wurde nach Lösungen gesucht, um die notwendigen Erträge sicherzustellen und die Infrastruktur nicht reduzieren zu müssen. Denn die Infrastrukturen waren immer ein Versprechen an die Bevölkerung. Wenn weniger Dichte gewünscht ist, geht dies nur über weniger oder fremdfinanzierte Infrastrukturen, wozu wiederum Nidau Hand bieten müsste. Wir stehen heute genauso hinter AGGLOlac wie vor zehn Jahren, das Projekt hat sogar an Aktualität gewonnen. Eine solche Verdichtung an einem hervorragend erschlossenen Ort in unmittelbarer Bahnhofsnähe – genau das wird mit dem neuen Raumplanungsgesetz (SR 700) verlangt, welches die Schweizer Stimmbevölkerung 2013 guthiess. Das Projekt entspricht dem aktuellen Zeitgeist also noch mehr als vor zehn Jahren.

Meiner Ansicht nach ist der heutige Expo-Park klimatechnisch nicht ideal. Eine Überbauung mit Grünflächen zwischen den Häusern und begrünten Dächern ist für den Klimahaushalt der Stadt besser. Bezüglich Mobilität wurde ein guter Kompromiss gefunden zwischen den Prinzipien der Nidauer Politik, den Bedürfnissen der Investorin und den Wünschen Biels. Es braucht Kompromisse, wenn zwei Gemeinden zusammenarbeiten müssen, die über unterschiedliche politische Mehrheiten verfügen und von denen die eine Grundeigentümerin mit hoheitlicher Handlungsbefugnis ist und die andere nicht. Der Wille für eine gemeinsame Entwicklung ist gegeben, denn am Schluss profitiert die ganze Region, wenn etwas Tolles entsteht. Es stimmt, dass die Steuererträge der künftigen Bevölkerung der AGGLOlac-Überbauung in die Nidauer Stadtkasse fliessen. Diese Betrachtungsweise greift jedoch zu kurz. Wenn die ganze Region wächst und neue BewohnerInnen anlockt, profitieren auch Bieler Kulturbetriebe, Gastronomie und Einzelhandel. Eine trendige Agglomeration zieht neue Menschen an und verstärkt diesen Effekt. Letztendlich profitiert also auch Biel.

2013 wurde im Bieler Stadtrat der Richtungsentscheid für dieses Projekt gefällt. Die Welt verändert sich, aber eingegangene Verpflichtungen müssen eingehalten werden, denn damit wird ein wichtiges Signal ausgesendet. Wenn etwas am Projekt geändert werden soll, müssten die entsprechenden Vorschläge dem Gemeinderat auf konstruktive und konkrete Weise übermittelt werden, damit er entsprechend weiterfahren kann. Es wurde die Sorge geäußert, dass AGGLOlac zu einem Quartier für Reiche wird und es fiel das Stichwort der Gentrifizierung. Dieses Risiko ist dem Gemeinderat bewusst. Für eine solidarische Stadt, welche in Kultur, Sport und Bildung investieren kann, braucht es aber eine gute Durchmischung der Bevölkerung. Dies gilt sowohl für die ganze Stadt als auch für das vorliegende Projekt, davon bin ich überzeugt. Der Seezugang soll nicht ausschliesslich ein paar Wenigen zustehen. Im Gegenteil, mit AGGLOlac sollen Infrastruktur als auch Seezugang für alle attraktiviert werden.

Je souhaite encore parler du label «Site 2000 watts». Une critique a été faite car ce certificat n'a pas d'ancrage légal. Aussi bien les Conseils municipaux de Bienne et de Nidau que Mobimo S.A. auraient souhaité l'introduire dans la réglementation fondamentale en matière de construction, mais la législation actuelle en matière d'énergie du Canton de Berne et les dispositions de l'Office de l'aménagement du territoire et des communes (OACOT) ne le permettent pas. Raison pour laquelle une formulation a dû être trouvée pour au moins inscrire les exigences du certificat en tant qu'engagement ferme, sous forme du label «Site 2000 watts» au niveau développement, le label au niveau exploitation devant être acquis ultérieurement. Un

dernier mot sur le «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» dont Madame Steidle vous parlera également. Nous sommes étonnés de la résistance que rencontre ce syndicat des communes. Nous pensions qu'une structure de droit public vous inspirerait confiance et vous intéresserait, car elle permet de laisser l'ensemble du périmètre dans la propriété des deux collectivités que sont les villes de Bienne et de Nidau. Ceci est un avantage par rapport à l'état actuel où chaque commune a sa partie à gérer avec, en plus, une partie privée gérée par des tiers. Il me semble que vous surestimez les pouvoirs de ce syndicat de commune. Au fond, ce syndicat est un instrument d'exécution de la décision qui vous est proposée ce soir et que nous recommandons de soumettre au Peuple. De ces décisions découlent aussi les dépenses liées dont parlait la représentante de l'opinion majoritaire de la CDG. Le Conseil municipal ne pense donc pas qu'il y ait un problème de démocratie. Denn die gebundenen Ausgaben sind deshalb gebunden, Frau Tanner, weil sie auf der höchsten Stufe durch das Volk verabschiedet werden. Der Verband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» ist ein reines Vollzugsinstrument. Dass das Projekt bezüglich Mobilitätsplanung nicht ganz falsch liegt, zeigt sich daran, dass SVP und Die Grünen die gleichen Punkte kritisieren, einfach aus einem anderen Blickwinkel. Bei der Suche nach Lösungen braucht es Kompromisse wie sie im vorliegenden Projekt gefunden wurden. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Projekt zuzustimmen. Es ist eine Chance für unsere Agglomeration.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vais reprendre la discussion sur la remarque que Monsieur le Maire a fait à Madame Tanner qui a présenté la position de la majorité de la Commission de gestion. Je ne sais pas si j'ai bien compris ou entendu ce que vous avez dit, Madame Tanner. La CDG recommande de refuser ce projet étant donné que les frais d'entretien ne sont pas clairs pour les espaces publics pour les 100 prochaines années. Est-ce bien ce que vous avez dit? Est-ce bien la position de la majorité de la CDG qui l'amène à recommander le refus du projet ce soir? Vous me dites que oui, alors je vous réponds que c'est une boutade. Vous avez une autre raison que vous allez nous expliquer demain. Je suis très intéressée d'entendre pour quelle raison effective vous déposez cette recommandation au Conseil de ville. Votre Présidente l'a rappelé, il y a des éléments très importants dans ce dossier qui est complexe. Permettez-moi d'encore rappeler certains éléments essentiels qui datent de 2013. Il y a à peine huit ans, les parlements de Bienne et de Nidau acceptaient la convention de planification entre Bienne, Nidau et Mobimo S.A. relative à la mise en œuvre de cette vision AGGLOlac. Vu l'étendue de cette zone, il était stipulé en préambule de ce rapport qu'il était impensable de concevoir et financer ce projet avec les fonds propres des deux communes. Voilà la base sur laquelle nous travaillons depuis huit ans. Le besoin de créer, sur l'air de l'expoparc, un nouveau quartier résidentiel répondant aux besoins de différents groupes et comprenant également la possibilité de réaliser des logements coopératifs y figuraient également déjà, il y a huit ans. La nécessité de réaliser un quartier conforme aux critères de développement étaient également formulée. Il a été tenu compte, dans les objectifs de l'entreprise investisseuse, de réaliser un quartier vivant en tenant compte des aspects socioculturels tel que le métissage ou encore l'absence de barrières et d'obstacles. Ceci, je le répète encore une fois, il y a huit ans déjà.

La première étape de la planification basée sur cette convention a été d'organiser un concours d'idée selon le règlement SIA 142. Les critères de l'aménagement des espaces libres et de l'accès à l'eau ont revêtu une importance capitale vu l'endroit. Le jury et les experts ont été nombreux. Ce projet n'a pas été fait seul comme vous le sous-entendez. Au niveau politique, les deux maires étaient investis mais aussi les

vice-maires et vice-présidents du Conseil municipal mais aussi ceux de la commission d'accompagnement d'AGGLOlac. Au niveau de l'architecture, le professeur Fritz Schumacher, architecte cantonal de Bâle-ville, mais aussi Messieurs Christian Sumi et Martin Schwendimann de la protection des bâtiments ont été présents. Je ne vais pas citer tous les intervenants car ils sont nombreux. Des experts pour la durabilité écologique ont aussi participé ainsi que Monsieur Christophe Iseli de ProNatura. La culture n'était pas, non plus, absente car Monsieur Urs Dickerhof la représentait. Ce sont tous des noms que vous connaissez et qui se sont engagés pour ce projet que nous vous présentons aujourd'hui. Plus de 40 spécialistes ont travaillé pour vous présenter ce projet.

Cela fait huit que nous avons commencé la préparation de ce projet. Ce n'est pas long si on tient compte du fait que le projet était prêt à être présenté l'année passée, mais qu'en raison du Corona, cela n'a pas pu se faire. Il faut aussi prendre en compte qu'en 2017, le Parlement biennois change sa politique et préfère que les terrains de Bienne ne soient pas vendus mais simplement mis en droit de superficie. Il a donc fallu tenir compte de cet élément. Comme Monsieur le Maire l'a dit, au lieu d'un produit de vente escompté de 110 moi., nous n'en récoltons aujourd'hui que 98 moi. provenant de la mise en droit de superficie. Toutefois, le Conseil municipal s'est engagé pour qu'aucune économie ne soit faite sur les infrastructures publiques. Les 60% de terrains qui sont cédés en droit de superficie restent en mains des villes et donc des générations futures. Les trois partenaires ont tenu compte des exigences du Parlement et proposent un projet qui y répond. Les exigences de l'initiative populaire « PubliLac », lancée au printemps 2012, demandaient que les rives restent publiques et attractives et voulaient des garanties concernant les espaces verts, des zones populaires, des accès au lac depuis des rives plates, des infrastructures de loisirs, de sport, de jeux et de culture. Elles aussi ont trouvé réponse dans le projet AGGLOlac. La zone publique compte actuellement 96'000 m² et à l'avenir on en comptera 106'000 m², soit un terrain et demi de foot en plus accessible à toutes et tous. Il y a huit ans, cela était prévu, et aujourd'hui, nous l'avons réalisé.

Le syndicat de communes «Syndicat de la rive du lac Nidau-Biel/Bienne» permet la concrétisation d'une collaboration de plus de 10 ans entre nos deux communes, dans un organe chargé de la réalisation et de la gestion des infrastructures publiques. C'est un modèle connu qui est encouragé par le canton et usuel dans les domaines divers tels que la culture, le social ou la sécurité. Ce modèle n'est absolument pas anti-démocratique, mais il formalise une collaboration entre Bienne et Nidau qui travaillent ensemble depuis plus de 10 ans à ce projet. Ce soir, le Conseil municipal est plus que derrière ce projet. Il est, en effet, fier de ce projet qui a tenu compte de toutes les demandes formulées et qui reste néanmoins réalisable et finançable. Alors, la mauvaise acceptation et les demandes de rejet ou de refus soulèvent beaucoup de questions. Pourquoi ces nouvelles exigences qui vont nous plonger à nouveau dans la planification, alors que nous y avons consacré deux législatures ? Qu'est ce qui a changé depuis que les parlements ont traité de la question d'AGGLOlac en 2017? Le rapporteur de la Commission de gestion avait déclaré lors du traitement du projet de convention en 2013: *«C'est un projet qui demande du courage et une vision. Il faut beaucoup de temps, de patience et de confiance pour le réaliser.»* Aujourd'hui, le courage et la vision consistent-ils à s'opposer à ce projet? Et où est passé la confiance? Le vice-président de la commission intercommunale AGGLOlac, lui-même issu du parti des Verts, déclarait, à l'époque, qu'il saluait ce projet malgré l'invalidation des initiatives «PubliLac», car la volonté de préserver un maximum d'espaces verts avait été garanti dans le cadre du concours d'idées. Je dois donc vous contredire, Madame Roth: les

Vertes et les Verts n'étaient pas toujours sceptiques par rapport à ce projet. Huit ans plus tard, nous présentons une ceinture verte totalement accessible au public, de 10'000 m² supérieur à la surface actuelle. Les besoins en espaces verts auraient-ils cependant encore augmentés depuis huit ans? A l'époque, la représentante du Groupe socialiste de l'époque estimait qu'il avait été tenu compte des préoccupations exprimées par les groupes des Verts et socialistes relatives à la demande de participation de la population et des divers groupes d'intérêts. Elle estimait encore que la réalisation était garantie grâce à un partenaire fiable et à même de relever ce défi. Elle rendait également attentif au fait que nos partenaires Nidauviens pourraient mal accepter que la Ville de Bienne se permette de détruire la réalisation d'un projet qui n'était même pas situé sur son propre territoire. Alors, aujourd'hui, l'avis des partenaires Nidauviens compte-t-il encore pour les biennois et biennoises? Sommes-nous aujourd'hui plus légitimés pour leur dicter notre vision? Le rapporteur du mouvement Passerelle soulignait l'excellence du projet en raison de sa durabilité et de la mise en œuvre du projet de territoire suisse. Les prescriptions en matière de durabilité ont-elles changées en huit ans? Seul l'UDC exprimait déjà à l'époque son scepticisme par rapport au fait que le terrain en question ne se situait pas sur le territoire communal biennois et relevait de la volonté du Peuple de Nidau. Toutes les exigences introduites depuis huit ans à peine et deux législatures ont été intégrées dans le projet AGGLOlac. Ma liste des pourquoi ne tarit pas et je n'ai pas beaucoup de temps pour vous les relater.

Si les conditions-cadres ont changé, par exemple avec la grève pour le climat ou le mouvement féministe, Monsieur Koller, pourquoi les opposants de ce projet n'ont-ils pas déposé leurs exigences par le biais de motions comme cela avait été fait en 2017? Le parlement aurait pu en débattre et examiner des variantes, et nous aurions pu vous faire une proposition fondée. Mais vous ne posez pas de questions, vous n'amenez pas de propositions, mais uniquement un slogan qui tient très courtement sur une banderole: *«NON aux riches, pas d'exploitation par les multinationales destructrices.»* Qu'est-ce que cela veut dire par rapport au projet AGGLOlac? Les critiques exprimées ce soir donnent l'impression que les politiques ont travaillé dans leur coin, sans avoir tenu compte de la population et de leur représentants et représentantes. C'est totalement faux et vous le savez. Une commission intercommunale, composée de parlementaires, a suivi le projet durant plus de 10 ans. Lors de la constitution de la commission, Madame Magnin rapportait pour les Verts que la Commission d'accompagnement devait avoir assez d'influence et de compétence pour être à même d'agir sur ce projet. Madame Moeschler rapportait pour le Groupe socialiste que la commission aurait une lourde responsabilité. Quelle est la responsabilité de ses membres aujourd'hui? Les Verts y siègent toujours, l'UDC y est représenté depuis quelques temps. Quant au Groupe socialiste, il avait une représentante en la personne de Madame Augsburg-Brom qui y siège depuis 2010, jusqu'à ce qu'elle change de parti l'année dernière. Je vous rappelle qu'en 2010, cette commission s'est vue octroyée un rôle défini dans un règlement, afin qu'elle puisse accompagner les travaux du projet et être consultée pour toutes les décisions importantes. Le fait que des membres qui ont accompagné ce projet, qui ont pris part à 22 séances et qui ont été rémunérés pour cela, refusent aujourd'hui catégoriquement ce projet en rejoignant le camp des *«NON au profit»*, continue d'allonger ma liste des questions. Une commission d'accompagnement parlementaire a-t-elle encore du sens pour des projets de ce type? Si oui, quel est son rôle et quelle est la responsabilité de ces membres? Des questions, j'en ai encore, mais au fur et à mesure de mon discours, je me rends compte que je m'éloigne de la question d'AGGLOlac. Je soulève aujourd'hui une discussion de

société. Quel projet construisons-nous aujourd'hui pour nos enfants? Comment tenir compte des changements de société sans repartir sur une nouvelle planification pour 10 ans qui sera peut-être contestée dans 10 ans? Encore une nouvelle planification, alors que celle actuelle a déjà coûté près de 6 mio. fr.? Mais dans quel but et avec quelle concrétisation? Le débat mérite d'être mené, mais je tiens à préciser que le pouvoir n'est pas enlevé au Parlement en présentant ce projet au Peuple. Ce projet a été lancé il y a huit ans à peine, et cette vision trouvera peut-être une majorité, mais elle sera en tout cas discutée. Pour cela, il faut que nous menions ce débat de société.

Pour terminer, il faut que je parle des finances. Vous avez l'air très sûre, Madame Tanner, lorsque vous parlez des 100'000 fr. de déficit ou d'autres chiffres. Vous dites qu'ils proviennent d'un des membres de la Commission de gestion, mais je ne sais pas d'où il les sort car je ne les comprends pas. En tant que porte-parole d'une majorité de cette commission, vous n'avez pas pris contact ni avec moi ni avec votre maire pour vérifier cela. Je vous invite à venir nous présenter vos chiffres pour que nous puissions les vérifier. Sur cette base, je pourrais me prononcer au nom du Conseil municipal. Mais je veux aussi vous parler de chiffres ce soir. Comme je l'ai déjà dit en préambule, l'idée était de réaliser un projet qui n'engendre pas de coûts supplémentaires pour les communes impliquées. Je vous rappelle que la situation financière des communes ne s'est pas améliorée depuis 8 ans. Je vous donne un chiffre pour illustrer mes propos: 41 mio. fr. correspondent à peu près au montant des investissements annuels de l'ensemble de la Ville de Bienne. Cela représente aussi environ le prix de l'ensemble de l'assainissement des terrains industriels du bord du lac. C'est donc aussi 41 mio. fr. que nous ne générons pas par le biais de nos entrées fiscales et pour lesquels nous allons devoir nous endetter. Est-ce cela la vision, nous endetter, sans avoir encore construit une seule maison ou un seul banc public, sans avoir planté un seul arbre ou un seul buisson? Nous ne pourrions poser la première pierre qu'en 2035, mais avec quelle densité, quel projet? Monsieur Koller, je vous le demande, quel projet? Je ne sais pas si nous arriverons à motiver la population biennoise à investir ces montants pour des réalisations qui ne sont pas sur son territoire communal.

Que veut le Peuple? C'est bien la question que nous devons tous nous poser aujourd'hui. Personnellement, je ne le sais pas. Mais je suis sûre qu'il ne veut pas d'impôts peu équitables pour les familles ou d'une classe moyenne qui passe à la caisse. Le maintien de cette friche n'est certainement pas non plus un souhait du peuple, comme Monsieur Koller l'a bien confirmé. Si je vous entends ce soir, vous voulez repenser un modèle, mais lequel? Pouvez-vous nous le présenter? J'ai entendu une proposition concrète ce soir. Les Verts de Bienne souhaitent la fusion avec Nidau, mais qu'en disent les Verts de Nidau? Sont-ils prêts à suivre ce projet? Je souhaite les entendre afin de voir comment ils vont répondre à cette question. Comme le Maire l'a dit, les projets de fusion sont dans l'air du temps mais pas adapté à ce projet.

J'ai vu circuler une proposition de renvoi provenant des Verts libéraux qui sera vraisemblablement discutée demain. Selon celle-ci, les 17'000 m² de coopératives qui représentent environ 18% des constructions ne suffisent pas. Monsieur Briechle, dites-nous ce que vous souhaitez de plus? Il faut que nous puissions avoir des conditions-cadres claires pour vous donner une réponse. Je vous pose la même question concernant les espaces publics dont vous voulez également plus, mais combien? Je reviens, pour conclure, sur la recommandation d'une majorité de la CDG de rejeter l'affaire. Madame Tanner, vous avez évoqué ce soir des questions qui motivent normalement une demande de renvoi afin d'obtenir des réponses, mais vous recommandez le rejet. Pour quelle raison? Si la Commission de gestion demande un

rejet de l'affaire à chaque fois qu'un businessplan pour la construction d'une école ou d'un parc ne lui semble pas clair, je me demande où nous allons. Vous avez, depuis peu, le représentant de la Commission intercommunale AGGLOlac dans votre Commission de gestion qui aurait pu vous donner les réponses. Mais nous pouvons aussi vous les donner, pour autant que vous venez nous voir. Mon invitation tient toujours. J'ose espérer que demain, nous aurons un débat fourni sur la base des informations que nous avons échangées ce soir, et que certains compléments pourront être donnés d'ici là.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich schlage vor, an dieser Stelle die Debatte zu unterbrechen und morgen mit den Einzelsprechenden fortzufahren. Ich wünsche Ihnen eine gute Nacht und gute Erholung. Ich freue mich auf eine spannende Debatte morgen Abend.

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane